

Die Türkei in Europa: Mehr als ein Versprechen?

**Bericht der Unabhängigen Türkei-Kommission
September 2004**

Die Unabhängige Türkei-Kommission

Martti Ahtisaari (Vorsitzender)

Ehemaliger Präsident von Finnland

Kurt Biedenkopf

Ehemaliger Ministerpräsident von Sachsen, Deutschland

Emma Bonino

Ehemalige Europäische Kommissarin,
Mitglied des Europäischen Parlaments

Hans van den Broek

Ehemaliger Aussenminister der Niederlande,
ehemaliger Europäischer Kommissar

Bronislaw Geremek

Ehemaliger Aussenminister von Polen,
Mitglied des Europäischen Parlaments

Anthony Giddens

Ehemaliger Direktor der London School of Economics
and Political Science

Marcelino Oreja Aguirre

Ehemaliger Aussenminister von Spanien,
ehemaliger Generalsekretär des Europarates,
ehemaliger Europäischer Kommissar

Michel Rocard

Ehemaliger Premierminister von Frankreich,
Mitglied des Europäischen Parlaments

Albert Rohan (Berichterstatter)

Ehemaliger Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten,
Österreich

Die Unabhängige Türkei-Kommission wird vom British Council
und Open Society Institute unterstützt.

Inhalt

6	Einleitung
9	I Die Türkei in Europa Ist die Türkei ein europäisches Land? Die Türkei und die europäische Integration
18	II Die Chancen Was wäre der Gewinn für die Europäische Union? Die Türkei braucht Europa
26	III Die Herausforderungen Die Auswirkungen auf die EU Der „muslimische Faktor“ Die öffentliche Meinung Die Erhaltung der Reformdynamik
36	IV Migration und Demographie
42	V Wirtschaft Sicherung der Stabilität Wirtschaftliche Indikatoren im Vergleich
49	Schlussfolgerungen
54	Hinweise
58	Anhang „Die Kopenhagener Kriterien“

Einleitung

„Entscheidet der Europäische Rat im Dezember 2004 auf der Grundlage eines Berichtes und einer Empfehlung der Kommission, dass die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt, so wird die Europäische Union die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ohne Verzug eröffnen.“

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Kopenhagen, Dezember 2002

Mit dieser Entscheidung eröffneten europäische Staats- und Regierungschefs der Türkei zum ersten Mal eine konkrete Aussicht auf Beitrittsverhandlungen, mehr als vier Jahrzehnte nachdem diese im Juli 1959 eine Assoziation mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beantragt hatte. Europas Politiker ließen sich durch die beeindruckenden Reformen leiten, welche die Türkei nach ihrer Anerkennung als Beitrittskandidat in Helsinki im Dezember 1999 unternommen hatte. Seitdem verstärkte die türkische Regierung ihre Bemühungen weiter, ihr Land in eine moderne, partizipatorische Demokratie zu verwandeln und alle Aspekte der politischen Kriterien von Kopenhagen zu erfüllen. Es kann mit Recht gesagt werden, dass die Türkei eine „stille Revolution“ durchmacht, selbst wenn die Geschwindigkeit ihres Verlaufs dazu führt, dass es einige Zeit dauern wird, bis die Auswirkungen in allen Teilen der türkischen Gesellschaft spürbar geworden sind und auch von der öffentlichen Meinung ausserhalb des Landes allgemein anerkannt werden.

Die Entscheidungen des Europäischen Rates der Jahre 1999 und 2002 betreffend einen türkischen Beitritt standen im Einklang mit den offiziellen Positionen, die während der vorangegangenen vier Jahrzehnte wiederholt von europäischen Regierungen vertreten wurden. Nie war die Beitrittsfähigkeit der Türkei öffentlich in Frage

gestellt worden. Im Gegenteil: sie wurde bei vielen Gelegenheiten ausdrücklich bestätigt. Gleichzeitig wurde der Türkei jedoch gesagt, dass die vorherrschenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nicht zuließen. Die klare Botschaft der europäischen Regierungen war sohin, dass die Türkei in der Union willkommen war und der Zeitpunkt des Beitritts einzig und allein von der Erfüllung der Mitgliedschaftskriterien abhing.

Es ist sicher kein Zufall, dass grundsätzliche Fragen erst aufgeworfen wurden, nachdem das Land offiziell zum

Die klare Botschaft war, dass die Türkei in der Union willkommen ist und das Datum des Beitritts ausschliesslich von der Erfüllung der Mitgliedschaftskriterien abhängt

Beitrittskandidaten erklärt und der Beitritt dadurch von einer fernen Perspektive in eine realistische Möglichkeit verwandelt wurde. Die herannahende Erweiterungsrunde im Jahr 2004, mit einer nie da gewesenen Anzahl hauptsächlich zentral-europäischer Staaten, ließ in der Zwischenzeit die Debatte über die Zukunft der Union und ihren Zweck wiederaufleben. Diskussionen über die „europäische Identität“ und die „Grenzen Europas“ lenkten die

Aufmerksamkeit auf einige der mit einer türkischen Mitgliedschaft verbundenen Herausforderungen.

Angesichts der Möglichkeit des Beitritts eines so großen Staates wie der Türkei, am Rande Europas gelegen, mit einer überwiegend muslimischen Bevölkerung und sozio - ökonomischen Bedingungen weit unter dem europäischen Durchschnittswert verstärkte sich die Skepsis in einigen Ländern während der letzten Jahre beträchtlich. In der oft hitzigen Debatte wurden viele Argumente vorgebracht - einige spiegeln echte Probleme wider, andere sind eher emotionaler Natur.

Niemand kann leugnen, dass der Beitritt der Türkei beachtliche wirtschaftliche, institutionelle und gesellschaftliche Auswirkungen sowohl für die Europäische Union als auch für die Türkei selbst hätte. Eine ausführliche Diskussion dieser Fragen ist daher legitim und zeitgerecht. Die ebenfalls nicht zu bestreitenden Vorteile, die mit dem Beitritt der Türkei verbunden wären, sollten jedoch auch in Betracht gezogen werden, eben sowie die potentiellen Kosten für die Europäische Union, sollte der Wunsch der Türkei abgelehnt werden. In der Debatte werden viele Klischees verwendet und pauschale Aussagen gemacht, wie etwa, dass die Türkei kein europäisches Land sei oder dass ihre Mitgliedschaft das Ende der Europäischen Union

bedeuten würde. Einige verbreiten Angst vor einer muslimischen Invasion, welche die europäische Kultur und Zivilisation zerstören könnte. Solche Ansätze sollten vermieden werden, will man einen konstruktiven Diskurs über dieses komplexe Thema ermöglichen.

Falls der Europäische Rat im kommenden Dezember dem Beginn der Verhandlungen zustimmt, könnte es sein, dass das Beitrittsverfahren von einer zunehmend gehässigen öffentlichen Diskussion begleitet wird. Auch besteht die Gefahr einer Kluft zwischen der Haltung der Regierungen und der öffentlichen Meinung in verschiedenen Teilen Europas, was nichts Gutes für die Ratifizierung eines möglichen Beitrittsvertrags verheißen würde. In diesem Zusammenhang wird auch den Positionen des Europäischen Parlaments eine besondere Bedeutung zukommen.

Vor diesem Hintergrund hat eine Gruppe überzeugter Europäer, die hohe öffentliche Funktionen inne hatten und sich dem Integrationsprozess tief verbunden fühlen, im März 2004 eine Unabhängige Türkei-Kommission gegründet. Ihre Zielsetzung ist es, die wichtigsten Herausforderungen und Chancen im Zusammenhang mit einem möglichen EU-Beitritt der Türkei zu prüfen. Die Kommission traf sich regelmäßig zu intensiven Diskussionen, besuchte die Türkei und analysierte Sachinformationen aus verschiedenen Quellen. Enger Kontakt wurde auch mit den europäischen Institutionen gehalten. Die Unabhängige Kommission befasste sich nicht mit Fragen, die Gegenstand des in Kürze erscheinenden Fortschrittsberichts der Europäischen Kommission über die Türkei sein werden.

Der vorliegende Bericht enthält das Ergebnis der Untersuchungen der Unabhängigen Türkei-Kommission und stellt die persönliche Meinung ihrer Mitglieder dar. Die Kommission hofft, damit zu einer objektiveren und rationaleren Debatte über den türkischen EU-Beitritt beizutragen, der zu Recht als eine der bedeutenden Herausforderungen Europas in den kommenden Jahren bezeichnet wird.

I Die Türkei in Europa

„Die Union steht allen europäischen Staaten offen, die ihre Werte achten und sich verpflichten, ihnen gemeinsam Geltung zu verschaffen.“

Artikel 1 des Vertrages über eine Verfassung für Europa

Die Bedingungen für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union sind in dieser Bestimmung und ähnlichen Formulierungen in früheren Verträgen enthalten, beginnend mit dem Vertrag von Rom im Jahre 1957. Ein Staat muss „europäisch“ sein. Er muss den in Artikel 2 des Verfassungsvertrages aufgezählten Werten verpflichtet sein, nämlich der „Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte.“ Darüber hinaus hat der Europäische Rat von Kopenhagen 1993 konkrete Kriterien aufgestellt, die politische und institutionelle Aspekte betreffen, ebenso wie die Wirtschaft und Mitgliedschaftsverpflichtungen, einschließlich der Ziele einer politischen, wirtschaftlichen und Währungsunion.

Ein Element der Kriterien von Kopenhagen könnte für den Zeitpunkt des türkischen Beitritts von besonderer Relevanz sein: „Die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, und gleichzeitig die Dynamik der Europäischen Integration beizubehalten, ist auch eine wichtige Erwägung im allgemeinen Interesse sowohl der Union als auch der Kandidatenländer.“

Schließlich muss Artikel 1 des Verfassungsvertrags eher als ein Recht auf Mitgliedschaft interpretiert werden, sobald alle notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind, denn als eine Gunst von Seiten der Mitgliedsstaaten.

Ist die Türkei ein europäisches Land?

Die Antwort auf diese Frage hängt von verschiedenen Faktoren ab: Geographie, Kultur, Geschichte, die Eigendefinition der Türkei selbst und ihre Anerkennung durch die anderen europäischen Länder.

Nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches wurde das Territorium der Türkei soweit reduziert, dass sich nur mehr 3% auf dem europäischen Kontinent befinden. Allerdings schließt dieses Gebiet 11% der türkischen Bevölkerung sowie Istanbul, die wirtschaftliche und kulturelle Hauptstadt der Türkei, mit ein. Die Türkei liegt sohin eindeutig auf der Trennlinie zwischen Europa und Asien, ihr Staatsgebiet ist Teil beider Kontinente. Während Europas Grenzen im Norden, Westen und Süden unbestritten sind, bleiben jene im Osten und Südosten unklar und können unterschiedlich ausgelegt werden. Es ist leicht ersichtlich, dass die Geographie allein keine Antwort geben kann.

Die Türken kamen im 11. Jahrhundert nach Anatolien und errichteten allmählich das osmanische Reich, bis zur Eroberung von Konstantinopel im Jahre 1453. Sie wurden nicht nur Erben von Byzanz und des oströmischen Reiches, sondern auch der reichen griechisch-lateinischen und jüdisch-christlichen Kulturen in

Die Region, welche heute das Herz der Türkei bildet, war eine der Wiegen der europäischen Zivilisation

Anatolien. Namen wie Herodot von Halikarnass, der „Vater der Geschichte“; Aesop, der die Fabeln von La Fontaine inspirierte; Lucullus, der Schutzherr der Feinschmecker; der hl. Nikolaus, Bischof von Myra und Vorfahre unseres Weihnachtsmannes; und Krösus, welcher der reichste Mann seiner Zeit wurde, sind mit dieser Region verbunden. Ebenso Orte wie Troja, Pergamon, Ephesus und Berg Ararat, an dem

Noahs Arche zerschellte. Der hl. Peter predigte zur ersten christlichen Gemeinde in Antioch. Tarsus war der Geburtsort des hl. Paul, der seine erste Missionsreise nach Anatolien machte, das Christentum damit über die Grenzen des Judentums erweiterte und die Grundlagen einer weltweiten Religion schuf. All dies erinnert uns daran, dass die Region, welche heute das Herz der Türkei bildet, eine der Wiegen der europäischen Zivilisation war.

Während des Grossteils seiner Geschichte spielte das osmanische Reich eine wichtige Rolle in der europäischen Politik. Wie die meisten europäischen Mächte agierte es oft als Eroberer, manchmal in enger Zusammenarbeit mit bedeutenden

europäischen Ländern wie Frankreich. Zu anderen Zeiten war das Reich eine Zufluchtsstätte für Europas Unterdrückte und Verfolgte, wie in 1492, als Tausende von jüdischen Flüchtlingen aus Spanien in Anatolien Schutz fanden. Dies spiegelte die Traditionen des osmanischen Reiches wider, wo verschiedene religiöse Gemeinschaften friedlich Seite an Seite lebten. Sie erhielten im Gegenzug für ihre Loyalität gewisse Rechte und Privilegien, die über die Forderung des Koran hinausgingen, andere ‚biblische Völker‘ (Christen, Juden und Zoroaster) mit besonderer Toleranz zu behandeln. Das osmanische Reich war so sehr Teil der europäischen Geschichte, dass die „Hohe Pforte“ 1856 am Ende des Krimkriegs eingeladen wurde, dem „Europäischen Konzert“ beizutreten, in welchem sie gemeinsam mit Frankreich, Grossbritannien, Österreich, Preußen, Russland und Sardinien über das Schicksal Europas entschied.

Diese Anerkennung als europäische Macht fiel mit dem Bemühen sukzessiver Sultane zusammen, ihr Reich zu „westernisieren“ um dadurch seinen drohenden Abstieg aufzuhalten. Die stark von Frankreich inspirierten Reformen führten zur Abschaffung typisch osmanischer Institutionen, der Modernisierung der Armee, einer Zentralisierung der Staatsverwaltung, der Schaffung eines Postdienstes und einer osmanischen Bank, die zum ersten Mal Papiergeld druckte. Weiters zur Einführung der Grundschulpflicht, einschliesslich der Gründung der auf französisch unterrichtenden Galatasaray Schule, Vorlesungen über moderne Medizin und der Übernahme eines neuen Zivil- und Strafgesetzbuches. Es ist kein Zufall, dass die Reformen nach der Niederlage Frankreichs gegen Preussen 1871 langsam im Sand verliefen und der islamische Charakter des Reiches durch die Reaktion wieder verstärkt wurde, zum Nachteil der angestrebten Einführung einer westlichen Zivilisation. Die Zeit der Reformen hatte das Reich dennoch tiefgehend verändert, auch wenn nicht alle Ziele erreicht werden konnten.

In den darauf folgenden Jahren war es wiederum der Einfluss Europas, insbesondere von Frankreich und England, welcher die Bewegung der „Jung-Ottomanen“ dazu inspirierte, eine verfassungsmässige Regierung vorzuschlagen und Fragen bezüglich Freiheit und politischer Rechte offen anzusprechen. In der Zwischenzeit entstand die Idee des „Vaterlandes“ (die Türken ziehen „Mutterland“ vor) und spaltete die Loyalitäten, die traditionell dem Sultan alleine gehört hatten. Mit einer energischen Reaktion des

Herrschers konfrontiert, zogen sich die Jung - Ottomanen schließlich vom politischen Schauplatz zurück und bildeten zum ersten Mal eine Art liberale Opposition, womit der Grundstein für eine konstitutionelle Monarchie gelegt war. Ihr Ideal der Freiheit überlebte und wurde von den „Jung – Türken“ aufgegriffen, die sich

Mit den Reformen Atatürks begann sich die Türkei zu einem modernen, säkularen Staat zu entwickeln

mit Unterstützung durch die westlich orientierte Offizierselite für den Weg der Revolution entschlossen. Auch sie, wie andere politische Bewegungen dieser Zeit, waren stark von den europäischen Schulen der Philosophie und Soziologie beeinflusst. Die bleibende Errungenschaft der Jung - Türken war es, den Anstoß für das

Entstehen einer nationalen türkischen Identität gegeben zu haben, verbunden mit einer konsequenten Verankerung im Westen, die sie als unentbehrlich für das Überleben der Türkei ansahen.

Dies war das konzeptuelle Fundament der Reformen, die von Mustafa Kemal Atatürk nach dem Zusammenbruch des osmanischen Reiches und seinem erfolgreichen Kampf für nationale Unabhängigkeit in Angriff genommen wurden. Atatürk wollte sein Land zu einem modernen und zivilisierten Staat machen. Für ihn und die reformistischen Türken hiess Zivilisation soviel wie „westliche“ Zivilisation: „Völker, die nicht zivilisiert sind, werden dazu verdammt, unter der Herrschaft derer zu verharren, die es sind. Und die Zivilisation ist der Westen, die moderne Welt, deren Teil die Türkei werden muss, wenn sie überleben will. Die Nation ist dazu entschlossen, genau und vollständig, sowohl im Inhalt wie in der Form, die Lebensart und Methoden anzunehmen, welche die zeitgenössische Zivilisation allen Nationen anbietet.“

Die Reformen Atatürks betrafen die Abschaffung des Sultanats, des Kalifats und der Ulema, den Verzicht auf die Sharia, die Annahme eines neuen Zivilgesetzbuchs (nach dem Modell der Schweiz), den Austausch des arabischen gegen das römische Alphabet, die Entfernung von Wörtern arabischen und persischen Ursprungs, den Übergang vom Mond- zum Sonnenkalender, das Ersetzen des Freitags durch den Sonntag als Tag der Ruhe, und das Gewähren politischer Rechte für Frauen. Diese Massnahmen sollten nicht dahingehend missverstanden werden, dass damit die vollständige Eliminierung des Islam und islamischer Werte aus der türkischen Gesellschaft beabsichtigt gewesen wäre. Das Projekt Atatürks bestand darin, die politische Funktion des Islam und die Macht der religiösen Institutionen in der türkischen Gesetzgebung

und Justiz zu beenden, und die Religion zu einer Angelegenheit des persönlichen Gewissens zu machen. Hiermit war er erfolgreich: mit seinen Reformen begann sich die Türkei zu einem modernen, säkularen Staat zu entwickeln.

Die Türkei und die Europäische Integration

Der Europarat, Hüter der europäischen Werte und Prinzipien, nahm die Türkei im August 1949 als Vollmitglied auf, nur wenige Monate nachdem der Londoner Vertrag unterzeichnet worden war. Hierbei ging man davon aus, dass die beiden Mitgliedschaftsbedingungen – ein europäisches Land zu sein sowie die Menschenrechte, pluralistische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu respektieren – von der türkischen Republik erfüllt waren. Bezüglich der letzteren Aspekte enthielt die türkische Verfassung die nötigen Garantien.

Die europäischen Referenzen der Türkei wurden niemals hinterfragt, und zwar wohl deshalb, weil das strategische Interesse an einer festen Verankerung des Landes im westlichen Lager während des Kalten Krieges im Vordergrund aller Überlegungen stand. 1951 trat die Türkei dem Nordatlantikpakt (NATO) bei und wurde zu einem der Grundpfeiler des euro-atlantischen Verteidigungssystems. Sie wurde Mitglied der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC, später OECD) der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, später OSZE) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE). Heute ist die Türkei Vollmitglied aller wichtigen europaweiten Institutionen, mit der Europäischen Union als einzigen Ausnahme.

1959 bewarb sich die Türkei um die assoziierte Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Nach einer durch den türkischen Militärcoup 1960 verursachten Verzögerung wurde das Assoziationsabkommen 1963 in Ankara unterzeichnet. Artikel 28 enthält eine vorsichtig formulierte Mitgliedschaftsperspektive: „Sobald das Funktionieren des Abkommens es in Aussicht zu nehmen erlaubt, dass die Türkei die Verpflichtungen aus dem Vertrag zur Gründung der Gemeinschaft vollständig übernimmt, werden die Vertragsparteien die Möglichkeit eines Beitritts der Türkei zur Gemeinschaft prüfen.“

Das hauptsächliche Ziel des Abkommens bestand in der allmählichen Errichtung einer Zollunion, die im Einklang mit den

im Zusatzprotokoll von 1970 dargelegten Einzelheiten nach einem Zeitraum von 22 Jahren endgültig in Kraft treten sollte. Ein Assoziationsrat wurde damit beauftragt, in regelmässigen Abständen

Die Mitgliedschaftsfähigkeit der Türkei wurde bei vielen Gelegenheiten bestätigt

den Fortschritt der Implementierung des Abkommens von Ankara zu überprüfen. Tatsächlich trat die Zollunion nach mehreren Verzögerungen erst 1996 in Kraft. Sie sah eine weitreichende Abschaffung von Zollabgaben und mengenmäßigen Beschränkungen vor,

ohne jedoch - wie ursprünglich vorgesehen - zu einer freien Bewegung von Personen, Dienstleistungen und Kapital zu führen.

Am 14. April 1987 beantragte die Türkei die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (EG). Die Europäische Kommission benötigte bis Dezember 1989, um ein Gutachten zu erstellen, welches zwei Monate später vom Europäischen Rat genehmigt wurde. Darin wurden Beitrittsverhandlungen aus mehreren Gründen verweigert. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Gemeinschaft selbst infolge der Annahme der Einheitlichen Akte große Veränderungen durchmache und es daher unpassend sei, sich zu diesem Zeitpunkt auf neue Beitrittsverhandlungen einzulassen. Weiters sei die Kommission angesichts der politischen und wirtschaftlichen Situation in der Türkei, einschließlich der „negativen Folgen des Streites zwischen der Türkei und einem Mitgliedsstaat der Gemeinschaft, sowie der Lage in Zypern“ zur Meinung gelangt, dass es nicht nützlich wäre, unverzüglich Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen. Die Kommission schlug stattdessen eine Reihe unterstützender Massnahmen für die Türkei vor, „ohne deren Mitgliedschaftsfähigkeit in der Gemeinschaft in Zweifel zu ziehen“. Interessanterweise wurde eine ebenfalls 1987 von Marokko vorgelegte Bewerbung um Mitgliedschaft in der EG sofort mit der Begründung zurückgewiesen, dass sie von einem nicht-europäischen Land stamme.

Während des darauf folgenden Jahrzehnts wurde die Mitgliedschaftsfähigkeit der Türkei bei vielen Gelegenheiten vom Europäischen Rat, vom Rat Allgemeine Angelegenheiten und vom Assoziationsrat neuerlich bestätigt. Gleichzeitig wurde stets darauf hingewiesen, dass politische und wirtschaftliche Probleme, einschliesslich des Verhaltens der Türkei in Menschenrechtsfragen, weiterhin als Hürden für Beitrittsverhandlungen aufrecht seien. Dies war vor allem der Fall beim Europäischen Rat von Luxemburg 1997,

als das Beitrittsverfahren für die zentral- und osteuropäischen Länder sowie Zypern in Gang gesetzt wurde, die Türkei jedoch ausgeschlossen blieb.

Ein wichtiger Durchbruch in den türkischen Beziehungen mit der Europäischen Union erfolgte beim Europäischen Rat von Helsinki im Dezember 1999, der in seinen Schlussfolgerungen feststellte, dass „die Türkei ein beitriftswilliges Land ist, das auf Grundlage derselben Kriterien, die auch für die übrigen beitriftswilligen Länder gelten, Mitglied der Union werden soll“. Mit dieser Entscheidung war die Schiene für einen Beitritt der Türkei gelegt. Eine Beitrittspartnerschaft, jährliche Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission und vorbereitende ‚Acquis Screenings‘ wurden eingerichtet, um die türkischen Reformbemühungen zu stimulieren und zu unterstützen. Der Transformationsprozess erhielt einen starken Impuls, sodass der Europäische Rat von Brüssel im Oktober 2002 feststellte: „wie dem Fortschrittsbericht der Kommission zu entnehmen ist, hat die Türkei wichtige Massnahmen zur Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen ergriffen und auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Kriterien sowie der Angleichung an den Acquis Fortschritte erzielt. Dies hat die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei näher gebracht.“ Die Union ermutigte die Türkei auch, ihre Reformbemühungen fortzusetzen und weitere konkrete Schritte zur Implementierung zu ergreifen.

Zwei Monate später, im Dezember 2002, anerkannte der Europäische Rat von Kopenhagen den wichtigen Fortschritt der Türkei im Bezug auf die Erfüllung der Mitgliedschaftskriterien, wies jedoch gleichzeitig auf die verbleibenden Mängel vor allem auf dem Gebiet der Implementierung hin. Als Reaktion auf das Drängen der Türkei nach einem konkreten Datum für die Eröffnung der Verhandlungen fasste der Europäische Rat den Beschluss, im Dezember 2004 zu prüfen, ob die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt und – sollte dies der Fall sein – die Beitrittsverhandlungen unverzüglich zu eröffnen. Um die Türkei auf dem Weg zur Mitgliedschaft zu unterstützen, wurde die Beitrittspartnerschaft verstärkt, und die finanziellen Vorbeitritts-hilfen beträchtlich erhöht. Ebenso wurde die Zollunion zwischen EG und Türkei erweitert und vertieft. Seit Anfang 2003 hat die türkische Regierung ihre Reformbemühungen in dramatischer Weise beschleunigt und intensiviert, und dadurch ihre Entschlossenheit demonstriert, die Bedingungen des Europäischen

Rates zu erfüllen.

Die offiziellen Erklärungen und Beschlüsse europäischer Institutionen im Verlauf der Jahre vermitteln den Eindruck großer Konsistenz: die Türkei sei willkommen, der Europäischen Union beizutreten, sobald sie alle Mitgliedschaftskriterien erfüllt habe. Dies verbirgt jedoch die Tatsache, dass mehrere europäische Regierungen gelegentlich eine gewisse Ambivalenz gegenüber den europäischen Ambitionen der Türkei an den Tag legten und Zweifel an einer türkischen Mitgliedschaft aufkommen ließen. Eine Vielzahl an Argumenten wurde vorgebracht, von der Größe und der sozio-ökonomischen Rückständigkeit des Landes sowie seiner schlechten Menschenrechtsbilanz bis zu den erwarteten Kosten, der Gefahr unkontrollierter Einwanderung oder dem Ausmass, in welchem die Union auf institutionellem Gebiet unvorbereitet sei. Der Hauptgrund für das Zögern – gesellschaftliche und kulturelle Unterschiede, die als Euphemismen für die religiöse Dimension verwendet werden – wurde nur mit erheblicher Zurückhaltung erwähnt. Trotz solcher Reserven setzte sich die strategische Bedeutung der Türkei für Europa und der vorrangige Wunsch, die engen Beziehungen mit der Türkei aufrecht zu erhalten, bei jeder Gelegenheit durch; alle europäischen Regierungen nahmen an den Konsensentscheidungen teil.

Die Türkei ließ währenddessen niemals einen Zweifel an ihrer europäischen Orientierung und verfolgte ihre volle Einbeziehung in den europäischen Integrationsprozess mit unbeirrbarer Entschlossenheit. Mit einigem Recht beschwerten sich die Türken über das Andauern negativer Gefühle gegenüber ihrem Land und die Tatsache, dass der sogenannte „Kreuzfahrergeist“ vergangener Jahrhunderte noch immer nicht völlig verschwunden ist. In den Worten Atatürks: „Der Westen war den Türken gegenüber stets voreingenommen, aber wir Türken haben uns immer beständig auf den Westen zubewegt“.

Heute stellen türkische Politiker mit Sorge fest, „je näher die Türkei der EU Mitgliedschaft kommt, desto mehr wächst der Widerstand in Europa“. In diesem Zusammenhang spielen sie gerne die Tatsache herunter, dass einige der Probleme im Zusammenhang mit der türkischen Mitgliedschaft sowohl real als auch ernst sind und dass viele der Hürden für einen frühen Beitritt hausgemacht waren. Auch war es erst nach den bedeutsamen Entscheidungen des Europäischen Rates von 1999 über den Kandidatenstatus und 2002 bezüglich der Beitrittsverhandlungen, dass der Reformprozess den

notwendigen Nachdruck erhielt. Jetzt werden die erforderlichen Maßnahmen von der türkischen Regierung allerdings mit beispielloser Entschlossenheit und Effizienz in Angriff genommen.

II Die Chancen

Ein EU-Beitritt der Türkei wäre sowohl für die Union als auch für die Türkei selbst mit ernsthaften Herausforderungen, aber auch mit beachtlichen Möglichkeiten und Vorteilen verbunden. Überdies müssen die Kosten einer Verweigerung des türkischen Beitrittswunsches und andere negative Folgen in Betracht gezogen werden.

Welche Vorteile könnte die Europäische Union ziehen?

Die Aufnahme der Türkei in die Europäischen Union würde den unleugbaren Beweis erbringen, dass Europa kein exklusiver „christlicher Club“ ist. Sie würde bestätigen, dass es sich bei der Union um eine inklusive und tolerante Gesellschaft handelt, die ihre Stärke aus der Vielfalt bezieht und durch die gemeinsamen Werte von Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte verbunden ist. In der großen kulturellen Debatte des 21. Jahrhunderts, welche allzu oft von Ignoranz und Vorurteilen geprägt ist, und von kriminellen Phänomenen wie dem internationalen Terrorismus missbraucht wird, könnte ein multiethnisches, multikulturelles und multireligiöses Europa die kraftvolle Botschaft an den Rest der Welt senden, dass der „Kampf der Kulturen“ nicht das unentrinnbare Schicksal der Menschheit ist. Wenn Europa ein Alternativmodell zu der von radikalen Islamisten propagierten exklusiven, sektiererischen und geschlossenen Gesellschaft anbietet, könnte es eine unschätzbare Rolle in den künftigen Beziehungen zwischen dem „Westen“ und der islamischen Welt spielen. Die Union würde viel Respekt und Glaubwürdigkeit gewinnen, und ihre „soft power“ in weiten Teilen der Welt stärken.

Die türkische Mitgliedschaft würde zudem auch die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie beweisen. Es ist zwar richtig, dass die Erfahrung der Türkei eine einmalige ist, aufgebaut auf die verschiedensten kulturellen Wurzeln, zwei Jahrhunderte westlicher Orientierung und Atatürks revolutionärer Transformation des Landes in eine säkulare Demokratie; dies kann nicht einfach auf andere islamische Länder übertragen werden. Die erfolgreiche Einbeziehung der Türkei in den europäischen Integrationsprozess würde der islamischen Welt jedoch zeigen, dass es in der Tat möglich ist, Antworten auf das Dilemma der Vereinbarkeit religiöser Überzeugungen und Traditionen mit den universell akzeptierten Prinzipien moderner Gesellschaften zu finden.

Zu einer Zeit, in der die Europäische Union größere Verantwortung in der Weltpolitik zu übernehmen hat, würde der türkische Beitritt die Fähigkeiten der Union als außenpolitischer Akteur erheblich stärken. Sowohl die neue Sicherheitsstrategie der Europäischen Union, „Ein Sicheres Europa in einer Besseren Welt“ (verabschiedet im Dezember 2003) als auch das Konzept einer „Neuen Nachbarschaftspolitik“, welches von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament entwickelt wurde, betonen die Bedeutung der südlichen Peripherie für die europäische Sicherheit und unterstreichen die Notwendigkeit, Stabilität in die Nachbarschaft des Kontinents zu projizieren. Aufgrund ihrer geostrategischen Lage würde die Türkei den außenpolitischen Bemühungen der Union in so wichtigen Regionen wie dem Mittleren Osten, dem Mittelmeerraum, Zentralasien und dem südlichen Kaukasus neue Dimensionen verleihen.

Im Mittleren Osten, einer Gegend von besonderem Interesse für Europa, sowohl aus historischen Gründen als auch aufgrund seines Einflusses auf die europäische Sicherheit, hat die Union viel an Profil und Status hinzugewonnen. Obwohl sie der wichtigste Lieferant von Hilfe für die Palästinenser ist und starke kommerzielle Beziehungen mit Israel und den arabischen Staaten unterhält, hat die Union bisher nur eine bescheidene Rolle in der Suche nach einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikt gespielt. Es gibt gute Argumente für ein effektiveres und bestimmteres Auftreten der Europäer, ohne die Führungsrolle der Vereinigten Staaten in dieser

Europa könnte eine kraftvolle Botschaft an den Rest der Welt senden, dass der „Kampf der Kulturen“ nicht das unentrinnbare Schicksal der Menschheit ist

komplexen Angelegenheit infrage zu stellen. Die Türkei pflegt gute Beziehungen mit beiden Seiten und genießt Glaubwürdigkeit in Israel genauso wie in der arabischen Welt. Ihre Mitgliedschaft würde ohne Zweifel das Gewicht der Union im Mittleren Osten stärken, was den gemeinsamen Bemühungen um Friede und Stabilität in dieser strategisch kritischen Region zugute kommen könnte.

Ähnliche Möglichkeiten bieten sich im Schwarzmeer-Becken, im südlichen Kaukasus und in Zentralasien, wo die Europäische Union in der Vergangenheit Zurückhaltung geübt hat, während die Türkei aufgrund ihrer geographischen Lage, ihrer Kultur, Religion und Sprache als aktiver Spieler aufgetreten ist. Als Teil des „Prozesses von Barcelona“ könnte die Türkei, zusammen mit Malta und Zypern, der bisher enttäuschenden Zusammenarbeit im Mittelmeerraum einen viel benötigten Impuls geben.

Generell ist zu erwarten, dass ein türkischer Beitritt zu einer Stärkung der EU-Politik gegenüber dem Süden führen würde,

Ihre geopolitische Lage macht die Türkei zu einem wesentlichen Faktor der Sicherheit für Europas Energieversorgung

wodurch der von Finnland initiierten „Nördlichen Dimension“ eine neue und wichtige „Südliche Dimension“ hinzugefügt wäre. Dies sollte nicht als Gefahr betrachtet werden, sondern eher als Chance. Das manchmal geäußerte Argument, eine türkische Mitgliedschaft würde Europa in die Konflikte des Mittleren Ostens hineinziehen, ist nicht überzeugend. Die Entwicklungen in dieser turbulenten Region

haben in jedem Fall tief -greifende Auswirkungen auf Europas Stabilität und Sicherheit, gleichgültig ob die EU direkte Grenzen mit Ländern wie dem Irak, Iran oder Syrien unterhält oder nicht. Die Türkei, im Herzen der eurasischen Region gelegen und als westlicher Pfeiler im größeren Mittleren Osten, kann von unbestreitbarem Vorteil für die europäische Außenpolitik in dieser Gegend sein.

Für die im Aufbau befindliche Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) wären die beträchtlichen militärischen Kapazitäten der Türkei und das Potential des Landes als Stützpunkt wichtige und viel benötigte Vorteile. Über die Jahre hinweg hat die Türkei beachtliche Beiträge zu internationalen Friedensoperationen geleistet, einschliesslich jener in Kroatien, Bosnien-Herzegowina sowie im Kosovo, und nahm an Militär- und Polizeimissionen unter EU – Führung in Mazedonien (FYROM) teil. Bis Dezember 2002 führte sie die internationale Schutztruppe für Afghanistan (ISAF). Die Zustimmung der Türkei zu der 2002 abgeschlossenen umfassenden Vereinbarung über die EU-NATO Beziehungen

ermöglichte eine Zusammenarbeit im militärischen Krisenmanagement, womit die Hindernisse für eine Implementierung der „Berlin Plus“ Agenda beseitigt waren.

Darüber hinaus hat sich die Türkei aktiv an den Arbeiten des Konvents für die Zukunft Europas beteiligt und ist hierbei im besonderen für eine Steigerung der Effizienz der ESVP und ihrer Fähigkeit eingetreten, mit den heutigen Herausforderungen im Bereich der internationalen Sicherheit fertig zu werden. Als einer der stärksten NATO Partner, mit einer klaren Orientierung zur ESVP, wäre die Türkei von grossem Wert für das europäische Verteidigungssystem. Gleichzeitig würde die EU-Mitgliedschaft der Türkei im Zusammenhang mit den neuen Bedrohungen für Sicherheit und Stabilität, wie internationaler Terrorismus, organisiertes Verbrechen, Menschenhandel und illegale Einwanderung, zu einer engeren und für beide Seiten nützlichen Zusammenarbeit im Bereich von Justiz und Innerem führen.

Zusätzlich zu einer Stärkung der Rolle der Union im politischen und Sicherheitsbereich könnte die Türkei beträchtlich zu Europas wirtschaftlichem Gewicht in der Welt beitragen. Selbst wenn die türkische Wirtschaft noch für geraume Zeit unter Schwächen und Ungleichgewichten leiden wird, besitzt sie dennoch großes Potential. Das Land ist gross, verfügt über bedeutende Ressourcen sowie junge, gut geschulte und hochqualifizierte Arbeitskräfte. Mit einer Bevölkerung von derzeit fast 70 Millionen Menschen und deren ansteigender Kaufkraft wird das Potential der Türkei als Importmarkt für Güter aus den EU-Staaten an Relevanz gewinnen.

Der Bau der Erdölleitung Baku – Tbilisi – Ceyhan nach Erschließung des Kaspischen Beckens als eine der grössten Quellen für Öl und Erdgas unterstreicht die Rolle der Türkei als Schlüsselland für den Transport von Energie. Weiters könnten die geopolitische Lage der Türkei und die engen Bande zu Dutzenden Millionen von Türkischstämmigen in den Nachbarländern dazu beitragen, Europa den Zugang zum enormen Reichtum an Ressourcen in Zentralasien und den Regionen Sibiriens zu ermöglichen. Dies würde die Türkei zu einem wesentlichen Faktor für Europas Sicherheit im Bereich der Energieversorgung aus dem Mittleren Osten, dem Kaspischen Meer und Russland machen. In diesem Zusammenhang wäre die Bedeutung der Türkei für die Wasserversorgung benachbarter Länder des Mittleren Osten von nicht zu unterschätzendem zusätzlichen Wert.

Die Türkei braucht Europa

Premierminister Recep Tayyip Erdogan wies wiederholt darauf hin, dass sich die Türkei drastischer Reformen zum eigenen Wohl unterziehen müsse, und nicht bloß, um „Brüssel zu gefallen“. Dies ist ein angemessenes und weitsichtiges Urteil. Allerdings kann kein Zweifel daran bestehen, dass die realistische Aussicht auf EU-Mitgliedschaft und die damit zusammenhängende Notwendigkeit, bis Dezember 2004 die politischen Kriterien von Kopenhagen zu erfüllen, um den Beginn der Beitrittsverhandlungen sicher zu stellen, als Katalysator für den von der türkischen Regierung während der letzten Jahren unternommenen Reformprozess gedient hat.

Der bis heute durch eine grosse Anzahl von Verfassungsänderungen und acht legislativen „Harmonisierungspaketen“ erzielte Fortschritt ist in der Tat beeindruckend. Die beschlossenen Maßnahmen enthalten u. a. die Abschaffung der Todesstrafe, Schutz gegen Folter und Misshandlung sowie eine Reform des Gefängnisystems; im Hinblick auf Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit wurden einige berüchtigte Gesetze aufgehoben, welche Journalisten, Gelehrten und Menschenrechtsaktivisten die Freiheit gekostet hatten; drakonische Beschränkungen wurden aufgehoben und Vorkehrungen getroffen, um eine größere Verantwortlichkeit und Transparenz in der Verwaltung sicher zu stellen. Die Staatssicherheits-Gerichte, die eine Quelle systematischer Menschenrechtsverletzungen waren, wurden insgesamt abgeschafft. Eine wichtige Maßnahme in diesem Zusammenhang ist die Anerkennung des Vorranges der internationalen Menschenrechts-Gesetzgebung vor den nationalen Gesetzen, ebenso wie der Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte als Grundlage für Prozesswiederholungen vor türkischen Gerichten.

Andere Fortschritte betreffen die Straffung von Regierung und Verwaltung, die Stärkung der Rolle des Parlamentes, die Förderung der Geschlechtergleichheit sowie religiöse Rechte und Freiheiten. Die Pflichten, Vorrechte und Arbeitsweise des Nationalen Sicherheitsrats (NSC) wurden wesentlich verändert, wodurch die Strukturen der zivilen-militärischen Beziehungen den akzeptierten Praktiken von EU-Mitgliedstaaten angenähert werden konnten. Diese und andere damit zusammenhängende Maßnahmen, einschließlich der vollständigen parlamentarischen Kontrolle über militärische Ausgaben, sollten militärische Eingriffe in die

politischen Prozesse des Landes weiter vermindern.

Die Beendigung des Ausnahmezustandes, welcher die Grundfreiheiten im Südosten 25 Jahre lang einschränkt hatte, führte zu einer beachtlichen Verbesserung der Lebensqualität der in dieser Region lebenden Kurden. Die Legalisierung von Radio- und Fernsehprogrammen sowie des Unterrichts in anderen Sprachen als türkisch, aber auch eine größere Toleranz für kulturelle Aktivitäten der Minderheiten sollten sich ebenfalls vorteilhaft auf die interethnischen Beziehungen auswirken.

Es kann zu Recht gesagt werden, dass die Türkei innerhalb von knapp über zwei Jahren mehr Reformen erzielt hat als während des ganzen letzten Jahrzehnts. Das politische und rechtliche System des Landes wurde tiefgehend verändert. In Anerkennung dieser Tatsache und des breiten Fortschritts im Bereich von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit hat sich die Parlamentarische Versammlung des Europarates bei ihrer letzten Frühjahrstagung entschlossen, das seit 1996 gegenüber der Türkei angewandte Überwachungsverfahren zu beenden.

Die Türkei hat in etwas über zwei Jahren mehr an Reformen erzielt als während des ganzen letzten Jahrzehnts

Über diese Erfolge hinaus sind jedoch entschlossene Bemühungen nötig, um eine effektive Implementierung der neuen Gesetzgebung in allen staatlichen Strukturen und allen Teilen des Landes sicher zu stellen. Im besonderen hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit, der Rechte von ethnischen und religiösen Minderheiten und der zivilen-militärischen Beziehungen müssen die gesetzlichen Maßnahmen zu einer Veränderung der Mentalitäten und Verhaltensweisen führen. Der von der Regierung eingesetzten Überwachungsgruppe kommt in diesem Zusammenhang eine nützliche Rolle zu. Ebenso ist das fortgesetzte europäische Engagement und die Überwachung durch die Europäischen Kommission für die Vollendung des Reformprozesses von wesentlicher Bedeutung.

Die kurdischen Bürger der Türkei haben aus den Reformmaßnahmen große Vorteile gezogen und gehören daher zu den stärksten Befürwortern einer türkischen EU-Mitgliedschaft. Ein Scheitern des Beitrittsprozesses würde einen ernsten Rückschlag für die Bestrebungen der Mehrheit der Kurden bedeuten, einen rechtmäßigen und angemessenen Platz in ihrem Heimatland zu finden. Dies würde den radikalen Gruppen in die Hände spielen, deren Absicht es ist, den erfolgreichen Abschluss der Bemühungen um Versöhnung mit Gewalt zu verhindern. In diesem

Zusammenhang müssen die Auswirkungen des Schicksals der türkischen Kurden auf die Stabilität der gesamten Region einschließlich benachbarter Staaten wie dem Irak im Auge behalten werden.

Obwohl die Lösung des Zypern-Problems keine Voraussetzung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ist, hätte eine frühzeitige Wiedervereinigung der Insel den türkischen Hoffnungen einen beträchtlichen Aufschwung gegeben. Die konstruktive Haltung der türkischen Regierung und ihre klare Unterstützung für die Bemühungen von UNO Generalsekretär Kofi Annan wurden allseits vermerkt. Wie immer die Entwicklungen in Zypern in den kommenden Jahren verlaufen werden, kann mit Bestimmtheit vorausgesagt werden, dass spätestens der EU-Beitritt der Türkei die Teilung der Insel zu einem Ende bringen würde.

Die Beziehungen der Türkei mit Griechenland haben sich während der letzten Jahre weiter verbessert und Griechenland unterstützt nunmehr die türkische EU-Mitgliedschaft. Bemühungen um die Lösung einiger umstrittener bilateraler Probleme sind im Gang und Sondierungsgespräche zwischen den beiden Außenministerien über die Konflikte in der Ägäis werden abgehalten. Es ist wahrscheinlich, dass die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei die Suche nach Lösungen erheblich erleichtern würde. Ebenso sollte die Annäherung der Türkei an die EU vorteilhafte Auswirkungen auf die Beziehungen mit anderen Nachbarstaaten haben. Besonders im Hinblick auf Armenien ist zu hoffen, dass eine Öffnung der Grenzen und die Verbesserung der bilateralen Beziehungen möglich wird, einschließlich einer türkischen Anerkennung der tragischen Vorfälle aus der Vergangenheit, im Geist europäischer Versöhnung.

Angesichts der gewaltigen Anstrengungen, die von der türkischen Regierung und Gesellschaft unternommen wurden, um europäische Standards in allen Aspekten zu übernehmen, besteht die weitverbreitete Erwartung, dass bis Jahresende ein irreversibler Schritt in Richtung einer EU-Mitgliedschaft gemacht sein wird. Eine negative Entscheidung des Europäischen Rates würde als Bestätigung des in der Türkei tief verwurzelten Eindrucks der Zurückweisung durch Europa angesehen werden, wobei die nicht hundertprozentige Erfüllung der Mitgliedschaftskriterien nur als Entschuldigung für den wahren Grund zu dienen hätte: die religiösen und kulturellen Verschiedenheiten. Als Folge könnte der Verlust öffentlicher Unterstützung und das zu erwartende Auftreten

einer sichtbareren Opposition zur EU-Mitgliedschaft die Erdogan Regierung entscheidend schwächen und den Transformationsprozess zum Stillstand bringen. Gleichzeitig sollte es offensichtlich sein, dass die Türkei keine realistische Alternative zur Integration mit Europa besitzt. Die Möglichkeit einer grossen Allianz mit den Ländern Zentralasiens oder der Region um das Schwarze Meer ist eine bloße Illusion. Aus diesem Grund haben sich politischen Eliten und Gesellschaft der Türkei auch konsequent auf Europa ausgerichtet. Falls die türkischen Hoffnungen enttäuscht werden, ist damit zu rechnen, dass ultranationalistische sowie islamistische Tendenzen an Boden gewinnen und ein Wiederaufleben von Gewalt in den mit Kurden bevölkerten Regionen zu steigender Instabilität und einem Wiedereingreifen des militärischen Establishments führen würde.

III Die Herausforderungen

Die Türkei ist gross, arm und muslimisch. Diese drei Faktoren machen den türkischen EU-Beitritt zu einer beträchtlichen Herausforderung, und wecken Ängste und Widerstand in vielen Teilen Europas.

Der Auswirkung auf die EU

Falls Beitrittsverhandlungen im Jahre 2005 beginnen sollten und unter der Annahme, dass sie schwierig und langwierig sein werden, wäre der Beitritt der Türkei frühestens in zehn Jahren möglich. Bis dahin werden sowohl die Union wie die Türkei wesentliche Veränderungen durchgemacht haben. 2015 wird die EU über mindestens 28 Mitglieder verfügen (Bulgarien, Rumänien und Kroatien eingeschlossen), und der Status der anderen Balkan-Staaten wird von den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Region abhängen. Verfassungsbestimmungen, die es den europäischen Institutionen erlauben, sich besser an die Erfordernisse einer größeren Mitgliederzahl anzupassen, werden bis dahin in Kraft stehen; und das Auslaufen der Budgetperiode 2007-2013 wird die Möglichkeit geboten haben, die Regional- und Landwirtschaftspolitiken der Union zu überprüfen und möglicherweise im Licht der mit den neuen Mitgliedstaaten gemachten Erfahrungen zu modifizieren.

Die Türkei wird in der Zwischenzeit ihre Transformation vertiefen und erweitern, da der erfolgreiche Abschluss der Beitrittsverhandlungen die Erfüllung aller Mitgliedschaftskriterien voraussetzt. Es ist zu erwarten, dass die Aufnahme der Verhandlungen der türkischen Wirtschaft einen starken Auftrieb geben wird, und die vergleichsweise Position des Landes im

Verhältnis zu den anderen EU Staaten und im besonderen den neuen Mitgliedern dadurch eine entsprechende Verbesserung erfährt. Trotz einer sinkenden Geburtenrate wird die türkische Bevölkerung bis 2015 die 80 Millionen-Marke überschreiten, also mit Deutschland beinahe gleichziehen und etwa 14% der gesamten EU-Bevölkerung stellen.

Angesichts der vielen Ungewissheiten für die Union und die Türkei ist es schwierig, mit Genauigkeit vorauszusagen, welche Auswirkungen die türkische Mitgliedschaft auf das Funktionieren der europäischen Institutionen, das Projekt einer politischen Union und die Finanzpolitiken der Union hätte. Es ist selbstverständlich, dass jene institutionellen Arrangements, die auf der Bevölkerungszahl aufbauen, der Türkei ein beachtliches Gewicht geben und sie mit den aktuellen „Grossen Vier“ (Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und Italien) gleichstellen würden. Dies gilt insbesondere für das Europäische Parlament, wo die Türkei eine ähnliche Anzahl von Sitzen erhalten dürfte wie Deutschland. Die Auswirkung einer so starken Vertretung wird allerdings durch den Umstand relativiert, dass Abstimmungen im Europäischen Parlament üblicherweise nach Parteilinien und nicht gemäß nationalen Positionen der Mitgliedstaaten erfolgen.

Was die Abstimmungen im Europäischen Rat betrifft, erfordert das System der doppelten Mehrheit des neuen Verfassungsvertrags für eine Entscheidung in den meisten Fällen das Votum von 55% der Mitglieder, die gleichzeitig 65% der EU-Bevölkerung repräsentieren müssen. Dadurch wird ein feines Gleichgewicht zwischen dem Prinzip der Gleichheit der Mitgliedstaaten und der Anerkennung ihrer unterschiedlichen demographischen Gewichte hergestellt. Die Türkei hätte in der ersten Stufe des Abstimmungssystems die gleiche Stellung wie Luxemburg oder Malta, in der zweiten jedoch jene von Deutschland und der anderen großen Staaten, und damit einen beträchtlichen Einfluss vor allem bei der Bildung blockierender Minderheiten.

Andererseits verringert das Fortbestehen des Konsensprinzips in wichtigen Politikbereichen der EU, vor allem in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der Verteidigungspolitik oder der Steuerpolitik die Relevanz der Bevölkerungsgrösse der Mitgliedstaaten für den Entscheidungsprozess der Union. Was die Zusammensetzung der Europäischen Kommission betrifft, dürfte der Beitritt der Türkei keinerlei Auswirkungen haben, da zu diesem Zeitpunkt die Entscheidung über eine Herabsetzung der Anzahl der

Kommissare und die Einführung des Rotationssystems auf gleicher Basis bereits in Kraft stehen sollte.

Hinsichtlich der drei dominierenden Achsen in der EU – große gegen kleine Staaten, arme gegen reiche und Föderalisten gegen Intergouvernementalisten – ist der Einfluss der Türkei leichter vorherzusagen. Sie würde die Gruppe der grossen Länder stärken und damit das Gleichgewicht wieder zurecht rücken, welches sich durch den Beitritt zahlreicher kleinerer Staaten in den letzten Erweiterungsrounden ständig verlagert hatte. Wegen ihrer schwachen Wirtschaft würde der Beitritt der Türkei zu einem Absinken des durchschnittlichen Wirtschaftsstandards der Union führen, die EU als Ganzes dadurch ärmer machen und die an die reicheren Staaten gerichteten Erwartungen vergrößern. Schließlich ist zu erwarten, dass die Türkei den intergouvernementalen Ansatz unterstützt und für die Aufrechterhaltung des status quo hinsichtlich des Gleichgewichts zwischen den europäischen Institutionen eintritt.

Es wird viel vom Risiko gesprochen, dass der Beitritt der Türkei zum Ende der politischen Union und der Vision eines Vereinten Europas führen könnte. Sicherlich trifft es zu, dass die Mitgliedschaft eines grossen, muslimischen Landes, in einer einzigartigen geopolitischen Lage und mit starken Interessen in Regionen wie Zentralasien, dem südlichen Kaukasus und dem Mittleren Osten, das Profil der Union verändern und die Richtung ihrer Außenpolitik beeinflussen würde. Soweit es sich jedoch um die grundsätzliche Frage der „finalité européenne“ handelt, ist es eine Tatsache, dass sich das europäische Projekt mit jeder Erweiterungsrounde verändert hat, einschliesslich und im besonderen der ersten im Jahr 1973, als Grossbritannien, Dänemark und Irland der Europäische Gemeinschaft beitraten.

Die enge politische Union, die mit der Zeit vielleicht unter den sechs Gründungsändern hätte verwirklicht werden können, ist in einer so heterogenen Gruppe, wie es die aktuellen 25 Mitgliedstaaten sind, nur schwer vorstellbar, so wünschenswert diese Vision für viele begeisterte Europäer nach wie vor sein mag. Man kann darüber diskutieren, ob die tiefen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedstaaten über die Zukunft der Union am besten durch ein System von Integration mit verschiedenen Geschwindigkeiten überwunden werden könnte, oder durch die Fortsetzung des pragmatischen, zögerlichen Ansatzes, der den Prozess in den vergangenen Jahrzehnten auf eine stetige, wenngleich oft frustrierend langsame Weise vorangebracht hat. In diesem Zusammenhang

könnte der türkische Beitritt – zusätzlich zu jenem der zehn neuen Mitglieder – die Problematik der Suche nach Konsenslösungen verstärken, er würde jedoch kaum eine qualitative Veränderung der Grundsatzdebatte mit sich bringen.

Nach dem Verhalten der Türkei in anderen internationalen Organisationen zu schließen, kann erwartet werden, dass sie in den europäischen Institutionen eine verantwortungsvolle und kooperative Rolle spielen, gleichzeitig aber ihren Interessen mit Energie und Entschlossenheit nachgehen würde. Als Beitrittskandidat war die Türkei besonders darauf bedacht, eine mit den EU-Positionen vereinbare Außenpolitik zu verfolgen. Dies wurde im Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission 2003 anerkannt, in dem festgestellt wird, dass „die Türkei ihre Außen- und Sicherheitspolitik weiterhin im Einklang mit den Positionen der EU ausgerichtet“ und „im Rahmen der CFSP eine konstruktive Rolle gespielt hat“. Dennoch ist es dieser Bereich, in dem die Türkei den stärksten Einfluss haben könnte, wobei sie die Aufmerksamkeit der Union verstärkt auf Regionen in ihrer südöstlichen Nachbarschaft lenken würde, - die wegen ihrer grossen Wichtigkeit für die Sicherheit Europas im übrigen im neuen Konzept eines „grösseren Europa“ entsprechende Berücksichtigung gefunden haben.

Was die finanziellen Kosten eines türkischen Beitritts angeht, ist es zum jetzigen Zeitpunkt unmöglich, konkrete Voraussagen zu machen. Verschiedene, kürzlich veröffentlichte Hochrechnungen basieren auf den aktuellen EU-Politiken sowie dem gegenwärtigen Stand der türkischen Wirtschaft und sind daher im höchsten Masse spekulativ. Tatsächlich hängen Art und Höhe der Transfers in die Türkei von einer Anzahl wechselhafter Faktoren ab, einschliesslich der Regional- und Landwirtschaftspolitiken der EU sowie ihrer budgetären Vorkehrungen zum Zeitpunkt des Beitritts. Es ist wahrscheinlich, dass das Budget der Union an einem Punkt zwischen den aktuellen 1,24% des EU BIP und 1%, wie von sechs grossen Beitragsstaaten vorgeschlagen, gedeckelt sein wird, wodurch eine „Explosion“ des Budgets unmöglich gemacht wäre. Ausserdem dürfte die Begrenzung von Transfers auf ein Maximum von 4% des BIP des Empfängerlandes – dies wird als Grenze der Absorptionskapazität angesehen – weiterhin in Geltung stehen. Und schließlich ist es eine offene Frage, ob und in welchem Ausmass das Solidaritätsprinzip innerhalb der Union angesichts des zunehmenden Finanzbedarfs neuer Mitgliedstaaten auch weiterhin zur Anwendung gelangen wird.

Auf türkischer Seite wird viel von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes während der nächsten zehn Jahre abhängen. Viele Experten sind der Ansicht, dass bereits das durch die Beitrittsverhandlungen erzeugte Vertrauen direkte Vorteile mit sich brächte, einschliesslich eines Zuflusses an ausländischen Direktinvestitionen, anhaltende Wachstumsraten von 5% bis 6% und die Eliminierung der periodischen Krisen, welche die türkische Wirtschaft solange geplagt haben. Auf der anderen Seite wird der grosse Agrarsektor der Türkei trotz einer stetigen Schrumpfung auch weiterhin ein ernstes Problem bleiben, ebenso wie die vielen regionalen Unausgewogenheiten und Disparitäten zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. Angesichts der vielen Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit den finanziellen Implikationen einer türkischen Mitgliedschaft ist die einzige Vorhersage, die derzeit vernünftigerweise gemacht werden kann, jene, dass die Türkei ein Kandidat für beträchtliche Unterstützung wäre. Die Einzelheiten würden allerdings von den Umständen zum Zeitpunkt des Beitritts und vom Ergebnis der Beitrittsverhandlungen abhängen.

Der „muslimische Faktor“

Die Aussicht auf EU-Mitgliedschaft der Türkei verursacht unter vielen Europäern Unbehagen, vor allem wegen ihrer großen und überwiegend muslimischen Bevölkerung, die oft als Träger fremder gesellschaftlicher und kultureller Traditionen angesehen wird. Weiters wird befürchtet, dass der politische Islam unter Ausnützung des demokratischen Systems und ungehindert durch das in seinem Einfluss beschnittene militärische Establishment in der Türkei an die Macht kommen und damit über einen wichtigen EU-Mitgliedstaat die Kontrolle erlangen könnte.

Es ist nicht zu leugnen, dass in Teilen der türkischen Gesellschaft traditionelle Praktiken weiter bestehen, durch welche Frauen und Mädchen missbraucht werden. Dazu gehören häusliche Gewalt, „Verbrechen der Ehre“, erzwungene Ehen und ungenügende Schulbildung für Mädchen, die zu weiblichem Analphabetismus und dem Ausschluss der Frauen von Arbeitsmarkt und Gesundheitsversorgung führen. Wie im jüngsten Bericht des Komitees für die Achtung der Mitgliedschaftsverpflichtungen des Europarates festgestellt wird, scheint es in der Frage der

Frauenrechte eine tiefe Kluft zwischen der modernen und der traditionellen Türkei sowie zwischen Westen und Osten zu geben. Fast 95% der registrierten Ehrenverbrechen wurden in der Ost- und Südosttürkei begangen, wo die Selbstmordrate unter Frauen – anscheinend eine von Familienmitgliedern auferlegte Alternative zur Ermordung oder einer aufgezwungenen Ehe – zweimal so hoch ist wie anderswo. Gewiss ist diese Situation in einem modernen Staat unerträglich und kann weder durch gesellschaftliche und kulturelle Traditionen noch durch den Mangel an wirtschaftlicher Entwicklung in einer bestimmten Region gerechtfertigt werden.

Positiv ist, dass sich die türkischen Behörden dazu verpflichtet haben, mit aller Entschlossenheit vorzugehen, um solche Praktiken aus einem anderen Zeitalter auszumerzen. Eine Anzahl gesetzlicher Bestimmungen, welche dazu angetan waren, deren Weiterbestehen zu erleichtern, wurden vom Parlament aufgehoben. Ehrenmorde und andere Probleme, mit denen Frauen konfrontiert sind, werden in den Medien und von der Gesellschaft intensiv diskutiert, wodurch hoffentlich der Boden für eine Änderung der Verhaltensweisen in allen Landesteilen vorbereitet wird.

Was die politische Rolle des Islam betrifft, sollte die Natur des von Atatürk nach der Gründung der türkischen Republik eingeführten säkularen Systems richtig verstanden werden. Sein

Das säkulare System hat die überwältigende Unterstützung der türkische Bevölkerung

Konzept mag zwar vom französischen Prinzip der „Laizität“ inspiriert worden sein, es bedeutet jedoch keinesfalls eine Trennung von Kirche und Staat, wie sie in Frankreich praktiziert wird. In der Türkei werden unter Säkularismus die Verweisung des religiösen Glaubens in die Privatsphäre und die

Eliminierung der koranischen Gesetze aus dem öffentlichen Leben verstanden. Islamische Institutionen verbleiben jedoch unter staatlicher Kontrolle; die Regierung überwacht religiöse Einrichtungen und das Erziehungswesen, regelt die Tätigkeit von Moscheen, karitativer religiöser Stiftungen, der Schulen, Spitäler und Waisenhäuser und stellt die örtlichen und regionalen Imame als Staatsbeamte an.

Nach der Übernahme eines Multiparteiensystems 1946 und der Vertretung des politischen Islam in diesem System wurde die Debatte über die Rolle der Religion im türkischen Staat intensiver und erbitterter und führte zu politischen Spannungen, dem Eingreifen des Militärs und dem Verbot ‚islamistischer‘ Parteien. Es war im Wesentlichen ein Streit zwischen Islamisten, die eine

sichtbarere Rolle der Religion im öffentlichen Leben als für ein muslimisches Land normal und als demokratisches Recht einforderten, und Säkularisten, die solche Wünsche als Versuch, einen theokratischen Staat zu schaffen und als ernste Bedrohung des Gründungsprinzips der türkischen Republik ansahen.

Angesichts des möglichen Beitritts der Türkei zur Europäischen Union ist es legitim zu fragen, wie fest verwurzelt der Säkularismus 80 Jahre nach seiner Einführung in der türkischen Gesellschaft tatsächlich ist und ob eine reelle Gefahr besteht, dass das politische System der Türkei auf demokratischem Weg in einer mit europäischen Standards unvereinbaren Weise verändert werden könnte.

Eine vom führenden Think Tank der Türkei, TESEV, durchgeführte und 2000 veröffentlichte Umfrage bestätigt die Versicherungen der türkischen Regierung und vieler Vertreter der Zivilgesellschaft, dass das säkulare System die überwältigende Unterstützung der Bevölkerung des Landes hat. In ihrer Mehrheit betrachten sich die Türken zwar als gläubige Muslime, die danach streben, ihre religiösen Pflichten zu erfüllen, lehnen jedoch eine Rolle der Religion im politischen Leben ab. Diese Studie zeigt auch starke konservative Strömungen, vor allem in Bezug auf geschlechtsbezogene Themen und deren direkte Verbindung mit der Erziehung: sobald das Bildungsniveau ansteigt, vermindern sich radikale Ausdrucksweisen von Religion und Konservatismus, und moderne Bürgerwerte gewinnen an Bedeutung. Soweit Identität betroffen ist, identifizieren sich die meisten Befragten zuerst als Türken und erst in zweiter Linie als Muslime.

Es besteht kein Zweifel, dass – ebenso wie in jeder anderen Demokratie – auch in der Türkei der Missbrauch des demokratischen Prozesses durch radikale Gruppen für eigene Zwecke nicht völlig ausgeschlossen werden kann. Andererseits scheint das säkulare System der Türkei, ebenso wie die Orientierung des Landes nach Europa und dem Westen, fest in der Gesellschaft verwurzelt zu sein. Die Vollendung des von der Regierung eingeleiteten Reformprozesses, die fortschreitende Modernisierung und eine Verankerung der Türkei in der Union europäischer Demokratien wäre daher der beste Weg, um einen Wandel der Mentalitäten in den rückständigeren Teilen der Gesellschaft herbeizuführen und das säkulare politische System der Türkei abzusichern.

Die öffentliche Meinung

Die näherkommende Entscheidung über Beitrittsverhandlungen mit der Türkei hat in vielen Teilen Europas starke Reaktionen hervorgerufen, sowohl von Seiten der öffentlichen Meinung als auch politischer Führungskräfte. Während in einigen Ländern die allgemeine Einstellung zur türkischen Mitgliedschaft positiv zu sein scheint, wird in anderen ein klarer Widerstand zum Ausdruck gebracht. Verlässliche Meinungsumfragen zu dieser Frage wurden allerdings nur in wenigen Ländern durchgeführt und es ist keine umfassende Übersicht über die Haltungen und Motivationen der Menschen für die gesamte EU erhältlich. Vor allem ist nur wenig über die aktuellen Meinungsströme in den neuen Mitgliedstaaten bekannt. Die Regierungen in diesen Ländern verfolgen eine vorsichtige Linie und ziehen es vor, den in Kürze erscheinenden Bericht der Kommission sowie deren Empfehlungen abzuwarten, bevor sie Position ergreifen.

Besonders stark scheint die Skepsis in jenen Ländern zu sein, die über eine bedeutende türkische Minderheit verfügen, vor allem in Deutschland, Frankreich, Österreich, den Niederlanden und Belgien. Dies deutet darauf hin, dass die Türkei durch das Prisma der Erfahrungen mit türkischen Einwanderern betrachtet wird, die es oft schwer finden, sich in die Gesellschaften der Gastländer zu integrieren. Die hauptsächlichsten Faktoren für eine negative Einstellung zur türkischen EU-Mitgliedschaft sind die „kulturellen Unterschiede“, einschließlich der religiösen Dimension, die Größe der Bevölkerung des Landes und die Angst vor einer Flut neuer Einwanderer. Auf einer mehr prosaischen Ebene besteht geringe Neigung, zusätzliche finanzielle Lasten auf sich zu nehmen, um die türkische Wirtschaft auf europäischen Standard zu bringen.

Sollte der Europäische Rat im Dezember der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen zustimmen, könnte sich in einigen Ländern die Kluft zwischen Regierungspolitik und öffentlicher Meinung vertiefen. Dies würde zwar die Verhandlungen nicht direkt betreffen, könnte jedoch zu einem ernsten Problem werden, wenn es im weiteren Verlauf zur Ratifizierung eines Beitrittsvertrages kommt. In der Zwischenzeit sollten von den betroffenen Regierungen, der Europäischen Kommission und der Türkei selbst große Anstrengungen unternommen werden, um gerechtfertigte Sorgen, aber auch Missverständnisse und Ängste entsprechend zu

berücksichtigen und die öffentliche Meinung allmählich umzudrehen.

Die Erhaltung der Reformdynamik

Die reelle europäische Perspektive, die der Türkei vom Europäischen Rat 1999 und 2002 gegeben wurde, verbunden mit dem Erdrutschsieg der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) im November 2002 und der überwältigenden Unterstützung der EU-Mitgliedschaft durch die türkische Bevölkerung haben ein „window of opportunity“ für Reformen geöffnet, das von der Regierung Recep Tayyip Erdogans voll genutzt wird. Man sollte allerdings davon ausgehen, dass so weitreichende Veränderungen des politischen und rechtlichen Systems der Türkei, mit entsprechenden Folgen für eine Vielzahl von Eigeninteressen, ebenso wie die tiefgehende Transformation der türkischen Gesellschaft nicht von allen Seiten mit gleichem Enthusiasmus begrüßt werden. Opposition gegen den EU-Beitritt, vor allem aber gegen die hierfür notwendigen Reformen, darf daher nicht außer Acht gelassen werden. Nationalisten, Islamisten, Teile des zivilen und militärischen Establishment sowie traditionelle Kemalisten haben ihren Widerstand sicherlich nicht aufgegeben, sondern warten nur auf einen günstigeren Zeitpunkt.

Die öffentliche Unterstützung kann ebenfalls nicht als selbstverständlich angesehen werden. Jüngste Umfragen zeigen zwar, dass ca. 75% der Wählerschaft für einen EU Beitritt stimmen würden, falls heute ein Referendum stattfände, wobei als hauptsächliches Motiv die Erwartung wirtschaftlicher Vorteile angegeben wird. In einem gewissen Widerspruch dazu zeigen jedoch Antworten auf andere Fragen das Andauern eines starken Euroskeptizismus unter der türkischen Bevölkerung. Befürchtungen betreffen den möglichen Verlust nationaler und religiöser Identität, einer Erosion traditioneller Werte und die Schwächung der türkischen Unabhängigkeit und Souveränität. Dazu kommen die weit verbreitete Angst, von Europa ausgeschlossen zu werden, und der Eindruck, dass der Türkei viel strengere Mitgliedschaftsbedingungen auferlegt wurden als anderen Kandidaten.

Um einen Rückschlag in der öffentlichen Meinung zu verhindern und die Weiterführung des Reformprozesses zu ermöglichen, ist es daher von großer Wichtigkeit, dass die Dynamik des türkischen Beitrittsprozesses aufrechterhalten wird. Eine Entscheidung des Europäischen Rates im Dezember über ein baldiges Datum für die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen würde viel dazu beitragen, um die bestehenden Zweifel über Europas wirkliche Absichten, aber auch die Notwendigkeit des grundlegenden Wandels der türkischen Gesellschaft zu beseitigen. Gleichzeitig muss die öffentliche Meinung der Türkei jedoch darauf aufmerksam gemacht werden, dass – ebenso wie in früheren Beitrittsrunden – der Verhandlungsbeginn nicht das Ende des Transformationsprozesses bedeutet. Im Gegenteil, es wird erforderlich sein, die Reformbemühungen zu intensivieren und auf Gebiete wie die Wirtschaft auszudehnen. Die EU wird die diesbezüglichen Fortschritte genau überwachen, bis zu dem Zeitpunkt, in dem eine endgültige Entscheidung über den Beitritt zu treffen ist.

Ebenso wie in früheren Beitrittsrunden bedeutet der Verhandlungsbeginn nicht das Ende des Transformationsprozess

IV Migration und Demographie

Die Anzahl der heute in der EU lebenden türkischen Migranten wird auf 3.8 Millionen geschätzt, von denen sich die Mehrheit (2,6 Millionen) in Deutschland und beachtliche Gruppen in Frankreich, den Niederlanden, Österreich und Belgien befinden. Die große Einwanderungswelle aus der Türkei fand in den 1960er und den frühen 1970er Jahren statt, als der Mangel an Arbeitskräften europäische Regierungen dazu veranlasste, Gastarbeiterprogramme einzuführen; viele der vorübergehend angestellten türkischen Arbeiter liessen sich dauerhaft in den grossen Städten der Gastländer nieder. Seitdem ist die Einwanderungspolitik restriktiver geworden. Die türkische Einwanderung in die EU wurde drastisch vermindert und beschränkt sich hauptsächlich auf Familievereinigung und Migration durch Heirat, neben einer Anzahl von Asylsuchenden aus der Türkei nach dem Militärcoup von 1980 und als Folge des Kurdenproblems.

Die meisten türkischen Einwanderer waren unausgebildete Arbeiter aus den ländlichen Gegenden Anatoliens, die den zweifachen Schock der Übersiedlung vom Land in die Stadt und aus der Heimat in eine fremde Umgebung überwinden mussten. Dies erklärt zum Teil die Schwierigkeiten, die viele von ihnen bei der Integration in die Gesellschaft des Gastlandes verspürten. Auch hingen die Zielorte der Einwanderer hauptsächlich von Netzwerkeffekten ab, wodurch es zu starken Konzentrationen türkischer Einwanderer in spezifischen Gegenden und oft zu einer Ansiedlung von Arbeitern in Gruppen nach ihren Ursprungsorten kam. Vor allem unter der ersten Einwanderergeneration führten diese Faktoren, zusammen mit dem Gefühl des wirtschaftlichen und sozialen Ausschlusses, zur Bildung ethnischer und religiöser Enklaven, welche durch die Betonung von Familienstrukturen, die Verwendung der Muttersprache und einer strikten Beachtung

religiöser und kultureller Traditionen charakterisiert waren. Islamische Organisationen und Gemeinschaftsinstitutionen wurden zu wichtigen Faktoren, um den türkischen Einwanderern ein Gefühl der Zugehörigkeit und Identität zu vermitteln und gleichzeitig die kulturellen, politischen und kommerziellen Verbindungen mit dem Ursprungsland aufrecht zu erhalten.

Nach der Erfahrung der grossen Gemeinschaft von Euro - Türken in Deutschland zu schließen, sind Einwanderer keineswegs eine homogene Gruppe und ihre Verhaltensweisen unterscheiden sich beträchtlich. Viele der in Deutschland lebenden Türken haben Bereitschaft gezeigt, sich in das politische, wirtschaftliche und soziale System ihres neuen Heimatlandes einzugliedern. Mehr als ein Drittel erwarben die Staatsbürgerschaft und noch mehr beabsichtigen dies zu tun. Über die Jahre hat sich eine im Entstehen begriffene Mittelklasse von Eurotürken als Unternehmer in Sektoren wie Tourismus, Hotellerie, Dienstleistungen, Telekommunikation und der Bauwirtschaft engagiert. Andere sind mit politischen Parteien verbunden und nehmen an deren Aktivitäten auf lokaler und nationaler Ebene teil. In der Regel erfolgt eine Integration erst in der zweiten oder dritten Generation und kann anhand von Indikatoren wie der Beherrschung der Landessprache, besserer schulischer Leistungen, einer höheren Position auf der sozio-ökonomischen Leiter, einem Anstieg „gemischter“ Ehen, dem Sinken der Geburtsraten und einem Nachlassen religiöser Praktiken gemessen werden.

In den meisten europäischen Ländern wird die Integrationsfähigkeit der türkischen Gemeinschaft nicht nach den vielen Einwanderern beurteilt, die erfolgreich sind, sondern nach jenen, die scheitern. Sie sind es, die Unbehagen und Furcht auslösen, wobei die Beschwerden von mangelhafter schulischer Leistung, hoher Arbeitslosigkeit und dem Abseitsstehen von der allgemeinen Gesellschaft bis zur Isolierung von Frauen, dem Tragen des Kopftuches, erzwungenen Ehen und Ehrenmorden reichen. Ein Grossteil dieses Verhaltens wird dem Islam und religiösen Traditionen zugeschrieben. Die latent vorhandenen Gefühle gegen Einwanderer, die durch den 11. September und andere Aktionen des fundamentalistischen Terrorismus ohnedies verstärkt wurden, werden dadurch noch weiter vertieft.

Erfreulicherweise wächst unter Regierungen und der Zivilgesellschaft die Erkenntnis, dass Integration keine Einbahnstrasse ist. Ebenso wie Einwanderer sich aktiv um die

Integrierung bemühen müssen, haben die Regierungen der Gastländer eine Politik zu entwickeln, die eine Integration erleichtert. Noch wichtiger ist sogar, dass die Gesellschaft selbst sich ändert und Verhaltensweisen sowie Perzeptionen überdenkt, die an Fremdenhass, wenn nicht gar Rassismus grenzen. Auch muss der schmale Grat zwischen Integration und Assimilation besser verstanden werden. Die Forderung, dass Einwanderer gemeinsame universelle Werte annehmen, macht es nicht nötig, sie ihrer Kultur und religiösen Freiheit zu berauben.

Es ist schwierig, die Auswirkung des EU-Beitritts der Türkei auf die Migration vorherzusagen. Diese wird von mehreren Faktoren abhängen: demographische Entwicklungen in der Türkei und der EU, die wirtschaftliche Lage zu Hause einschliesslich des relativen Einkommensniveaus, Aussichten auf Anstellung und wirtschaftliche Chancen, die ausländische Nachfrage nach Arbeitskräften und die Entwicklung der Einwanderungspolitik europäischer Länder in den kommenden Jahren. Die Einwanderung aus benachbarten Ländern in die Türkei und die diesbezüglichen türkischen

Die Einwanderung aus der Türkei könnte eine der positiven wirtschaftlichen Folgen eines türkischen Beitritt sein

Rechtsbestimmungen könnten ebenfalls relevant sein. Weiters ist es möglich, dass wie bei früheren Erweiterungsrounden auch mit der Türkei längere Übergangsregelungen ausgehandelt werden, durch welche die vollständige Bewegungsfreiheit von Personen um mehrere Jahre nach Beitritt aufgeschoben würde. Dazu kommt, dass die Geburtenrate der Türkei während der letzten Jahre

stark gesunken ist. Die derzeitige Fertilitätsrate (Durchschnittszahl der Kinder pro Frau) liegt bei 2,5 (gegenüber 3,5 in den 70er Jahren) und mit steigendem Wohlstand ist ein weiteres Absinken zu erwarten. Dieser Trend wird auch vom Bevölkerungswachstum der Türkei bestätigt, welches laut neuesten UN Statistiken auf 1,4% gefallen ist.

Angesichts der vielen Ungewissheiten gehen die Schätzungen des Migrationspotentials der Türkei beträchtlich auseinander. Die häufigste Prognose ergibt eine längerfristige Einwanderung von 2,7 Millionen, was relativ bescheidene 0,5% der Gesamtbevölkerung der EU ausmachen würde. Allerdings ist keine gleichmäßige Verteilung der Einwanderer auf die EU Mitgliedsstaaten zu erwarten: Länder wie Deutschland, in denen sich bereits jetzt große türkische Gemeinden befinden, dürften den Hauptanteil der Einwanderungsströme erhalten. Die künftige türkische Migration

wird voraussichtlich mehr professionelle und besser ausgebildete Arbeitskräfte einschliessen, wodurch die Integrationsschwierigkeiten der einfacheren Einwanderer früherer Jahre vermindert würden. Schließlich könnte die türkische EU-Mitgliedschaft zu einer größeren Mobilität der Migranten führen, wobei viele von ihnen hin und her ziehen würden, während sich andere angesichts des Wirtschaftswachstums und eines zunehmenden Wohlstands in der Türkei dazu entschließen könnten, in ihre Heimat zurückzukehren.

Tabelle 1 enthält eine Hochrechnung der demographischen Entwicklungen in der Türkei und in ausgewählten EU-Ländern. Tabelle 2 zeigt die derzeitige türkische Bevölkerung in den wichtigsten Einwanderungsländern der EU. Die Zahlen deuten an, dass angesichts der Bevölkerungsabnahme in europäischen Ländern die erwartete, relativ bescheidene Einwanderung aus der Türkei nicht nur tragbar wäre – sie könnte sogar einer der positiven wirtschaftlichen Effekte des türkischen Beitritt sein.

Tabelle 1: Gesamte Bevölkerung der Jahre 2003, 2015, 2025, 2050 (in tausend)

	2003	2015	2025	2050
Türkei	71 325	82 150	88 995	97 759
Deutschland	82 467	82 497	81 959	79 145
Frankreich	60 144	62 841	64 165	64 230
GB	59 251	61 275	63 287	66 166
Italien	57 423	55 507	52 939	44 875
Spanien	41 06	41 167	40 369	37 336
Polen	38 587	38 173	37 337	33 004
Rumänien	22 33	21 649	20 806	18 063
Niederlande	16 149	16 791	17 123	16 954
EU 25	454 187	456 876	454 422	431 241
EU 28 (inkl.Türkei)	555 743	567 842	570 832	552 318
Türkei als % der EU 28	12%	14.4%	15.5%	17.7%

Quelle: UN Population Division, World Population Prospects: the 2002 Revision

Tabelle 2: Die türkische Bevölkerung in EU Ländern (in tausend)

	Insgesamt	Türkische Nationalität	EU naturalisiert
Deutschland	2642	1912	730
Frankreich	370	196	174
Niederlande	270	96	174
Österreich	200	120	80
Belgien	110	67	43
GB	70	37	33
Dänemark	53	39	14
Schweden	37	14	23

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt Deutschland: Turkish Studies Center, Essen 2003

V Die Wirtschaft

Sicherung der Stabilität

Die lange Geschichte makro-ökonomischer Instabilität der Türkei gipfelte in der finanziellen Krise 2001, deren Hauptursachen mangelhaftes öffentliches Finanzmanagement und ein anfälliges Bankensystem waren. Sie führte zu einem Fall des türkischen BIP von 7,5%, dem Anstieg der Zinssätze bis auf 400%, einer starken Geldentwertung und öffentlichen Schulden in der Höhe von mehr als 90% des BIP. Für die türkische Wirtschaft war diese Krise ein ernster Rückschlag; sie zeigte aber auch ihre Widerstandskraft, Dynamik und Flexibilität. Auf Grund eines vom Internationalen Währungsfond unterstützten weitreichenden Reformprogramms, welches unter anderem eine Sanierung des Bankensystems, die Unabhängigkeit der Zentralbank, die Schließung zahlreicher außer-budgetärer Fonds, flexible Wechselkurse, eine strenge Steuerpolitik und neue gesetzliche Rahmen für den Energiesektor, die Landwirtschaft, Zivilluftfahrt und Telekommunikation vorsah, fand eine rasche Erholung statt. Innerhalb eines Jahres stieg das Wachstum wieder auf über 7%, die Inflationsrate sank beträchtlich, das Verhältnis von Schulden zum BIP nahm ab, die türkische Lira gewann ihren Wert zurück und die Grundlagen für einen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung waren geschaffen.

Trotz dieser positiven Entwicklungen bleibt noch viel zu tun, um die vielen Schwächen und Ungleichgewichte zu beseitigen, unter welchen die türkische Wirtschaft weiterhin leidet. Öffentliche Schuld und Budgetdefizit sind mit 87,4% bzw. 8,8% noch immer sehr hoch und liegen weit über den Vorgaben der Maastrichter Kriterien. Das Gleiche gilt für Zinssätze, während die Inflation am Ende des Jahres 2003 auf 18,4% gefallen ist (mit weiter sinkender Tendenz in 2004) und die Arbeitslosigkeit mit 10,8% dem

europäischen Durchschnitt entspricht. Das beachtlich niedrige Niveau der direkten Auslandsinvestitionen von weniger als 1% des BIP kann der makro-ökonomischen Unbeständigkeit und den politischen Unsicherheiten der Türkei zugeschrieben werden, aber auch einem ungünstigen institutionellen Umfeld, welches durch bürokratische Ineffizienz und Korruption belastet ist. Für ein Land mit 70 Millionen Menschen ist das BIP der Türkei bescheiden und das pro - Kopf Einkommen vergleichsweise niedrig; es kommt gerade jenem von Bulgarien und Rumänien nahe (siehe Tabelle 3).

In diesem Zusammenhang stellen die Einkommensunterschiede zwischen den einzelnen Regionen ein ernstes Problem dar und verursachen größere Migrationsflüsse innerhalb der Türkei. Die Marmara Region (Istanbul) hat eine Bevölkerung von 17,3 Millionen und ein pro - Kopf Einkommen von 153% des türkischen Durchschnitts; die 9 Millionen Einwohner der ägäischen Region verdienen 130% des Durchschnittseinkommens; Zentralanatolien hat 11,6 Millionen Einwohner mit 97% des Durchschnittseinkommens; während Ostanatoliens 8,1 Millionen Einwohner mit 28% des Durchschnitts über das niedrigste Einkommen verfügen.

Der große Agrarsektor beschäftigt 32,8% der türkischen Arbeitskräfte, belastet die Steuerzahler des Landes jedoch ganz beträchtlich. In der Vergangenheit führten Preisstützungen und verschiedene Subventionen, durch welche die Kosten von Kapital, Düngemittel, Samen, Pestizide und Wasser gesenkt wurden, zu Zahlungen an die Bauern in der Höhe von ca. 5% des BIP. Die gesamte Unterstützung für die Landwirtschaft, einschliesslich hoher Verbraucherpreise wird auf 8% des BIP geschätzt. Angesichts der WTO Bestimmungen, des IWF Programms und der Aussicht auf EU-Beitritt wird die türkische Agrarpolitik nunmehr allmählich reformiert. Preisstützungen und Subsidien werden stufenweise eingestellt und durch Direktzahlungen an die Bauern, berechnet nach der Flächengröße, ersetzt. Einfuhrzölle werden gesenkt und Staatsunternehmen im Agrarsektor privatisiert. Falls die Reformen zum Abschluss gebracht werden, wird die Türkei eine ähnliche Agrarpolitik haben wie die Gemeinsame Agrarpolitik der EU.

Der Aussenhandel der Türkei ist während der letzten Jahre ständig gestiegen und reflektiert somit die anhaltende Wirtschaftserholung und die im Gang befindliche Neuorientierung der Industrie auf die Exportmärkte. EU-Länder waren die wichtigsten Handelspartner, mit einem Anteil von 52% der Exporte und 46% der Importe. Parallel zum Anstieg des Handelsvolumen

erhöhte sich das Außenhandelsdefizit der Türkei erheblich, zum Teil wettgemacht durch eine starke Leistung des Dienstleistungssektors (vor allem des Tourismus mit einem Rekordhoch von 14 Millionen ausländischen Besuchern im Jahr 2003).

Aufgrund des geringen Volumen der türkischen Wirtschaft – derzeit weniger als 2% des BIP der EU – würde ein Beitritt der Türkei nur geringe Auswirkungen auf die Wirtschaft der Union haben. Für die Türkei andererseits wären die Folgen beträchtlich und im höchsten Masse vorteilhaft. Schätzungen zufolge könnten der volle Zugang zum gemeinsamen Markt, einschließlich der in die Zollunion von 1996 nicht einbezogenen Agrarprodukte sowie die Abschaffung administrativer und technischer Handelshindernisse zu einem Anstieg des bilateralen Handels um 40% führen. Ein verbessertes Investitionsklima, hervorgerufen durch die Verankerung der türkischen Wirtschaft in einem stabilen System, würde heimischen und Auslandsinvestitionen einen starken Auftrieb geben und zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie einem höheren Wirtschaftswachstum führen.

Nach den Erfahrungen früherer Beitrittsländer zu urteilen, würde ein großer Teil der positiven Auswirkungen einer künftigen EU-Mitgliedschaft schon mit Aufnahme der Verhandlungen spürbar werden. Darüber hinaus würde der Beitrittsprozess die türkische Regierung dazu motivieren, die institutionellen und strukturellen Reformen fortzusetzen und ein rigoroses Wirtschaftsregime in enger Zusammenarbeit mit der EU und dem IWF aufrechtzuerhalten. Derzeitige wirtschaftliche Risiken und politische Unsicherheiten würden dadurch vermindert und das Vertrauen in die nachhaltige Stabilität der türkischen Wirtschaft gestärkt werden.

Wirtschaftliche Indikatoren im Vergleich

Tabelle 3 vergleicht die Wirtschaftsleistung der Türkei mit jener der zwei Beitrittskandidaten Bulgarien und Rumänien, sowie der EU-10 (neue Mitgliedstaaten) und EU-25. Hierbei werden Daten des Jahres 2003 verwendet. Die Türkei erreichte ein ausgezeichnetes Ergebnis im Bereich des längerfristigen Wachstums (2003 verglichen mit 1995), in Bezug auf das Handelsdefizit, welches relativ gering war, und der fast ausgeglichenen Leistungsbilanz. Letzteres ist beachtlich und deutet darauf hin, dass das relativ hohe Preisniveau der Türkei (das bei 50% des EU-Durchschnitts liegt) der Wettbewerbsfähigkeit der realen Wirtschaft nicht geschadet hat.

Die Daten der Türkei bezüglich Haushaltsdefizit und Bruttoverschuldung des öffentlichen Sektors waren bedeutend schlechter, während die Arbeitslosigkeit sich nicht wesentlich vom Durchschnitt der anderen Länder unterschied.

Tabelle 3: Ein Vergleich wirtschaftlicher Indikatoren (2003)

	Einheit	Türkei	EU-10	Bulgarien	Rumänien	EU-25
Wirtschaftliche Leistung						
BIP zum Wechselkurs	Mrd. Euro	212.3	437.6	17.6	50.4	9732.6
BIP zu Kaufkraftparität	Mrd. Euro	443.3	878.00	52.9	152.5	10172.9
Pro Kopf	Euro	6256	11839	6761	7030	22278
BIP Wachstum zu 2002	%	5.8	3.6	4.3	4.9	0.9
BIP Wachstum zu 1995	%	28.0	32.9	9.3	9.0	18.8
Öffentlicher Sektor (konsolidiert) in % des BIP						
Haushaltsüberschuss	%	-8.8	-5.7	0	-2.3	-2.7
Brutto Verschuldung	%	87.4	42.2	46.2	21.8	63.1
Nominelle Stabilität						
Inflationsrate (Verbraucherpreise), Jahresende	%	18.4		5.6	14.1	
Relatives Preisniveau	EU-15=100	48	50	33	33	96
Arbeitsmarkt						
Arbeitsplätze, 2002	Mn personen	20.1	28.8	2.7	9.2	199.3
Anteil der Landwirtschaft	%	32.8	13.0	9.6	36.5	5.4
Anteil der Industrie	%	23.9	31.7	32.7	29.5	25.9
Anteil der Dienstleistungen	%	43.3	55.3	57.7	34.0	68.7
Arbeitslosenrate	%	10.8	14.3	13.7	8.0	9
Monatl. Abgeltung, Angestellte zum Wechselkurs	Euro	534	739	145	179	2543
Monatl. Abgeltung, Angestellte zur Kaufkraftparität	Euro	1116	1483	439 ¹	542	2658
Außenhandel, Leistungsbilanz und Direkte Auslandsinvestitionen						
Güterexporte in % des BIP	%	22.0 ³		37.9	31.0	
Güterimporte in % des BIP	%	26.6 ³		50.4	38.9	
Güterbilanz in % des BIP	%	-4.6		-12.5	-7.9	
Leistungsbilanz in % of BIP	%	-0.8		-8.5	-5.8	
Direkte Auslandsinvestitionen (herein) pro Kopf, 2002	Euro	267	1937 ²	450	376	6089

Tabelle 4 vergleicht die wirtschaftliche Lage der Türkei 2003 mit jener von Bulgarien, Rumänien, Polen und Slowenien am Vorabend ihrer Beitrittsverhandlungen (1999 für Bulgarien und Rumänien, und 1997 für Polen und Slowenien). Dieser Ansatz erlaubt einen Vergleich der Anfangsbedingungen und zeigt, dass die Lage der

Die jüngsten Daten bestätigen den positiven Trend der türkischen Wirtschaftsindikatoren

Türkei grundsätzlich nicht schlechter ist als jene der anderen Beitrittsländer. Das BIP pro Kopf nach Kaufkraftparität, ein wichtiges Indiz für den Entwicklungsstand eines Landes, lag zwischen jenem von Bulgarien und Polen, wenn auch halb so hoch wie Slowenien. Das Haushaltsdefizit als Prozentsatz des

BIP war in der Türkei viel höher als in den anderen Ländern, während die öffentliche Verschuldung zwar hoch war, jedoch nicht wesentlich schlechter als in Bulgarien. In Rumänien war hingegen die Inflation viel höher.

Die Beschäftigungszahlen zeigen, dass der Anteil der Landwirtschaft am BIP in der Türkei 2003 sehr hoch war, aber bedeutend niedriger als in Rumänien im Jahr 1999. Auch die Arbeitslosigkeit befand sich innerhalb der „Norm“. Die Leistungsbilanz der Türkei ist besser als jene Bulgariens, Polens und Rumäniens im Jahr vor der Verhandlungsaufnahme. Schließlich unterscheidet sich die Türkei hinsichtlich der direkten Auslandsinvestitionen pro Kopf nicht von den anderen Ländern.

Diese Vergleiche vermitteln den Eindruck, dass die Türkei vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen im Verhältnis zu derzeitigen und früheren Beitrittskandidaten keineswegs aus dem Rahmen fällt. Die jüngsten Daten bestätigen im übrigen den positiven Trend der türkischen Wirtschaftsindikatoren. Morgan Stanley Dean Witter berichtet, dass die Türkei im ersten Viertel des Jahres 2004 auf Grund von Verbesserungen der Produktivität mit 10,1% (Jahr zu Jahr) eine der höchsten Wachstumsraten des BIP verzeichnen konnte. Gleichzeitig fiel die Inflation, laut Institut für Statistik, um mehr als die Hälfte auf 8,9%.

1 Türkei und die EU: BIP Konzept ie. einschließlich indirekter Arbeitskosten; Bulgarien, Rumänien: monatliche Bruttogehälter, laut nationalen Statistiken.

2 Malta und Zypern ausgeschlossen.

3 Jahr 2002.

Quellen: wiiw Datenbank, AMECO, IMF, Eurostat, Employment in Europe 2003, European Commission: Economic Forecast, Spring 2004.

Tabelle 4: Ein Vergleich der wirtschaftlichen Ausgangspositionen: Türkei, Bulgarien, Rumänien, Polen, Slowenien

Ausgewählte wirtschaftliche Indikatoren im Vorjahr des Beginns der Beitrittsverhandlungen

	Einheit	Türkei	Bulgarien	Rumänien	Polen	Slowenien
		2003	1999	1999	1997	1997
BIP pro Kopf (zu Kaufkraftparität)	Euro	6256	5120	4980	7410	12600
BIP Wachstumsrate (zu stabilen Preisen)	%	5.8	2.3	-1.2	6.8	4.8
Öffentl. Sektor (konsolidiert): Haushaltsüberschuss (EU-Def.) in % des BIP	%	-8.8	-0.9 ¹	-1.9 ¹	-2.6	-1.2 ¹
Öffentlicher Sektor: Brutto Verschuldung (EU-Def.), in % des BIP	%	87.4	79.3	24.0	44.0	21.6 ¹
Inflationsrate (Verbraucherpreise), Jahresende	%	18.4	7.0	54.8	13.2	8.8
Anteile der gesamten Arbeitsplätze:						
Landwirtschaft	%	32.8	25.8 ²	41.8	20.5	12.7
Industrie	%	23.9	28.9 ²	27.6	31.9	40.1
Dienstleistungen	%	43.3	45.4 ²	30.7	47.5	47.2
Arbeitslosenrate	%	10.8	15.7	6.8	11.2	7.4
Güterbilanz in % of BIP	%	-4.6	-2.2	-3.5	-0.5	-0.1
Leistungsbilanz in % des BIP	%	-0.8	-4.8	-4.0	-4.0	0.2
Direkte Auslandsinvestitionen (herein) pro Kopf	Euro	267 ³	292	243	342	1007

1 Nationale Definition.
2 Registrierungsdaten.
3 Jahr 2002.

Quellen: wiiw Datenbanken, AMECO, IMF, Eurostat, Employment in Europe 2003, European Commission: Economic Forecast, Spring 2004.

Schlussfolgerungen

Beitrittsverhandlungen sollen eröffnet werden, sobald die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt hat

1 Die Unabhängige Türkei-Kommission ist der Meinung, dass die Beitrittsverhandlungen eröffnet werden sollen, sobald die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt hat. Ein weiterer Aufschub würde die Glaubwürdigkeit der EU beschädigen und als Verstoss gegen den allgemein anerkannten Grundsatz von „pacta sunt servanda“ (Verträge sind zu erfüllen) angesehen werden. Die

Türkei, andererseits, muss akzeptieren, dass eine Erfüllung der politischen Kriterien die Implementierung aller vom Parlament verabschiedeten Gesetze einschließt. Die Beitrittskriterien sind für alle Kandidatenländer gleich und es kann keine Ausnahme in einzelnen Fällen geben. Ebenso verlangt es die Fairness, dass

kein Kandidatenstaat strengeren Bedingungen unterworfen wird, als andere. Es obliegt nunmehr der Europäischen Kommission, zu beurteilen, ob die Einhaltung der Kriterien von Kopenhagen durch die Türkei jene kritische Masse erreicht hat, die für eine Empfehlung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen notwendig ist.

2 Was die europäischen Referenzen der Türkei betrifft, ist sie als ein eurasisches Land anzusehen, dessen Kultur und Geschichte eng mit Europa verbunden ist, mit einer starken europäischen Orientierung und einer europäischen Berufung, die seit Jahrzehnten von den Regierungen Europas akzeptiert wird. Darin unterscheidet sich die Türkei grundlegend von Ländern in der Nachbarschaft Europas, sowohl in Nordafrika wie im Mittleren Osten. Ihr Beitritt zur Europäischen Union würde daher nicht notwendiger Weise als Modell für die Beziehungen der Union mit diesen Staaten dienen. Grundsätzliche Einwände gegen die Einbeziehung der Türkei in den europäischen Integrationsprozess hätten 1959 vorgebracht werden

sollen, als sie den ersten Antrag stellte, 1987, als sie sich zum zweiten Mal bewarb oder 1999, bevor die Türkei den Kandidatenstatus erhielt. Keine Regierung kann behaupten, dass diese Entscheidungen, einschliesslich der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Kopenhagen 2002 über die Beitrittsverhandlungen, nicht in voller Kenntnis aller Umstände gefällt wurden.

Bei der Entscheidung im Dezember geht es nicht um die Mitgliedschaft der Türkei, sondern um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen

3 Bei der vom Europäischen Rat im Dezember zu treffenden Entscheidung geht es nicht um die Mitgliedschaft der Türkei in der EU, sondern um die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen. Dauer und Ergebnis werden vor allem von Fortschritten bei wirtschaftlichen Kriterien und dem ‚acquis communautaire‘ abhängen. Angesichts des Ausmaßes der Schwierigkeiten, welchen sich ein so großes und komplexes Land gegenüber sieht, sowie der Notwendigkeit einer Konsolidierung der Union nach Aufnahme von zehn neuen Mitgliedstaaten, ist davon auszugehen, dass der Verhandlungsprozess längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Diese Periode bietet beiden Seiten die Möglichkeit, die dringendsten Probleme in Angriff zu nehmen und allfällige negative Effekte eines türkischen Beitritts abzuschwächen. In anderen Worten, zum Zeitpunkt einer endgültigen Entscheidung werden sich sowohl die Türkei als auch die Europäische Union grundlegend verändert haben.

4 Ein türkischer Beitritt würde sowohl der Europäische Union als auch der Türkei erhebliche Vorteile bieten. Für die Union wären die einzigartige geopolitische Lage der Türkei an der Schnittstelle von Balkan, Mittlerem Osten, Südkaukasus, Zentralasien und darüber hinaus, ihre Bedeutung für die Sicherheit von Europas Energieversorgung und ihr politisches, wirtschaftliches und militärisches Gewicht ein großer Gewinn. Darüber hinaus könnte die Türkei als ein fest in der Europäischen Union verankertes muslimisches Land eine maßgebliche Rolle in den Beziehungen Europas mit der islamischen Welt spielen.

Für die Türkei wäre der EU-Beitritt die endgültige Bestätigung, dass ihre Jahrhunderte alte Ausrichtung auf den Westen richtig war und dass sie von Europa endlich akzeptiert wird. Die EU-Mitgliedschaft würde auch sicherstellen, dass die Transformation des Landes in eine moderne demokratische Gesellschaft irreversibel

geworden ist und die Türkei ihren Reichtum an menschlichen und wirtschaftlichen Ressourcen nunmehr voll ausschöpfen kann. Ein Scheitern des türkischen Beitrittsprozesses würde nicht nur einen Verlust wichtiger Chancen für beide Seiten bedeuten. Es könnte auch zu einer ernststen Identitätskrise der Türkei führen und politische Unruhen sowie Instabilität an der Schwelle der Union zur Folge haben.

Es ist unwahrscheinlich, dass die Türkei die EU und ihre Institutionen grundlegend verändern würde

5 Trotz ihrer Größe und besonderen Charakteristika, und obwohl ihre Mitgliedschaft zweifellos dazu angetan wäre, die Heterogenität der Union zu verstärken, ist es unwahrscheinlich, dass die Türkei die Europäische Union und ihre Institutionen grundlegend verändern würde. Ein türkischer Beitritt könnte die bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft der Integration zwar akzentuieren, würde aber keine qualitative Veränderung der Debatte hervorrufen. Es sollte auch nicht übersehen werden, dass der

Entscheidungsprozess in der EU ständig wechselnden Allianzen unterliegt, und dass der politische Einfluss von Mitgliedstaaten mindestens ebenso sehr vom wirtschaftlichen Gewicht als von Größe und Bevölkerungszahl abhängt.

Was die Kosten einer Mitgliedschaft der Türkei betrifft, ist es wahrscheinlich, dass sie über viele Jahre hinweg finanzielle Unterstützung von Seiten der Europäischen Union beanspruchen wird. Die Höhe der Transfers hängt allerdings von den Finanzpolitiken der EU und der Wirtschaftslage der Türkei zum Zeitpunkt des Beitritts ab.

Ein gewisses Problem könnte in einigen europäischen Ländern im Zusammenhang mit der Ratifizierung eines türkischen Beitrittsvertrages entstehen, falls der öffentliche Widerstand anhalten und die Regierungspolitik weiterhin von der öffentlichen Meinung abweichen sollte. Dieses Problem muss in einer gemeinsamen Anstrengung der betroffenen Regierungen, der Türkei und der Europäischen Kommission angegangen werden.

Die beste Antwort auf die in Teilen Europas bestehenden Ängste betreffend unterschiedlicher religiöser und kultureller Traditionen sowie das Gefühl einer Gefahr, dass die Türkei ein fundamentalistischer Muslimstaat werden könnte, liegt wohl darin, die Fortsetzung des Transformationsprozesses sicherzustellen und das seit Jahrzehnten bestehende säkulare politische System der

Türkei durch eine feste Verankerung in der Union europäischer Demokratien zu schützen.

6 Die beispiellosen Reformbemühungen der türkischen Regierung und die breite Unterstützung einer EU - Mitgliedschaft durch die türkische öffentliche Meinung dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die umfassende Transformation des politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Systems für die Türkei eine ungeheure Aufgabe darstellt. Es wäre falsch, den latenten Widerstand gegen so tief greifende Veränderungen in vielen Teilen der türkischen Gesellschaft zu unterschätzen. Die Fortführung der Reformen wird sohin in hohem Masse davon abhängen, ob die Dynamik des Beitrittsprozesses aufrecht erhalten werden kann.

7 Die Wirtschaft der Türkei war traditionell von makro-ökonomischer Instabilität und strukturellen Schwächen geplagt, von denen manche auch heute noch fortbestehen. Die Krise des Jahres 2001 hat allerdings die Widerstandskraft der türkischen Wirtschaft gezeigt und zu einer raschen Erholung sowie weitreichenden Reformen der institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen geführt. Es ist nunmehr von ausschlaggebender Bedeutung, dass die türkische Regierung den wirtschaftlichen Reformprozess in enger Zusammenarbeit mit dem IWF und der EU weiterführt.

Angesichts der Größe des Landes, seiner geographischen Lage und der jungen, dynamischen Arbeitskräfte ist das Wirtschaftspotential der Türkei unbestreitbar. Es ist ebenso offensichtlich, dass die EU-Mitgliedschaft und die dadurch gegebene feste Verbindung mit einem stabilen System für die türkische Wirtschaft von größtem Vorteil wäre. Schon allein die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen würde das Vertrauen in die wirtschaftliche Stabilität der Türkei beträchtlich stärken.

8 Der Migrationsdruck aus der Türkei, welcher in einigen Ländern Sorge hervorruft, würde von mehreren Faktoren abhängen, darunter vor allem die wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen sowohl in der Türkei als auch in der Europäischen Union. Die Freizügigkeit der Arbeitskräfte dürfte erst nach einer längeren Übergangszeit zur Anwendung kommen, sodass die Regierungen während vieler Jahre nach dem türkischen Beitritt die Kontrolle über Einwanderung beibehalten könnten. Auf Grundlage der Erfahrungen früherer Erweiterungsrounds ist davon

auszugehen, dass die Einwanderung aus der Türkei relativ bescheiden sein wird. Und dies zu einem Zeitpunkt, in dem der Rückgang und die Veralterung der Bevölkerung in vielen europäischen Ländern zu einem ernstem Arbeitskräftemangel führen und die Einwanderung daher zu einer wesentlichen Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des derzeitigen großzügigen Sozialsystems machen würde.

9 Da die türkische Mitgliedschaftsfähigkeit in der EU in den vergangenen Jahrzehnten bei vielen Gelegenheiten bestätigt wurde, hat die Türkei allen Grund zur Erwartung, in der Union willkommen zu sein, – vorausgesetzt, sie erfüllt die Beitrittsbedingungen. Die Unabhängige Türkei-Kommission ist daher der tiefen Überzeugung, dass die Türkei von der Europäischen Union in dieser Frage mit allem gebotenen Respekt, mit Fairness und Rücksicht behandelt werden muss.

Aydin, Senem
'The self-definition of Europe: where does Turkey stand?'
Turkish Policy Quarterly, Volume 2, No.4

Bayart, Jean-Francois
'Ouvrir, ou non, des negociations d'adhesion avec Ankara'
Le Monde, April 21, 2004

Brehon, Nicolas-Jean
'Combien cela couterait'il a l'union' *Le Monde*, April 21, 2004

Carkoglu, Ali and Toprak, Binnaz
Religion, Society and Politics in Turkey, 2000

Chislett, William
'Turkey's membership of the European Union : a rose or a thorn?'
Elcano Royal Institute, May 2004

Council of Europe Parliamentary Assembly
Honouring of obligations and commitments by Turkey,
Report Doc. 10111, March 17, 2004

CPB Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis
(A.M. Lejour, R.A. de Mooij, C.H. Capel)
Assessing the economic implications of Turkish accession to the EU,
March 2004

Del Picchia Robert et Haenel, Hubert
La Turquie et L'Union Europeenne,
Rapport du Senat No. 279, April 2004

Demiralp, Oguz
'The added value of Turkish membership to European Foreign Policy,'
Turkish Policy Quarterly, Volume 2, No. 4

Emerson, Michael
'Has Turkey fulfilled the Copenhagen Political Criteria?' April 2004

Emerson, Michael and Tocci, Natalie
'Integrating EU and Turkish Foreign Policy in the Pre-Accession period'

Erdogan, Recep Tayyip: address to the CSIS Statesmen's Forum
December 9, 2002

Eurobarometer 2003.4
Public Opinion in the Candidate Countries, February 2004

European Commission
2003 Regular Report on Turkey's progress towards accession

European Convention
Draft Treaty establishing a Constitution for Europe, June/July 2003

European Institute for Research on Mediterranean and
Euro-Arab Cooperation:
'Is Turkey part of Europe?', November 2003
'Turkish migration in Europe', November 2002
'Turkish Migrant Entrepreneurs in the EU',
by Yassar Tumbas, November 2003
'Turcs en Europe: dimension sociales et economiques d'une migration',
by Ural Manco, October 2003

European University Institute (Nathalie Tocci and Ahmet Evin)
'Towards accession negotiations: Turkey's domestic and foreign
policy challenges ahead', October, 2003

Flam, Harry
'Turkey and the EU: politics and economics of accession'
Institute for International Economic Studies, Stockholm University
February 2003

JP Morgan (Michael Marrese a.o.)
The convergence of emerging Europe, Russia and Turkey with developed markets, March 2004

Hughes, Kirsty
'Turkey and the European Union: just another enlargement',
June 2004

Manco, Ural
'Turks in Europe'
Institut Europeen de Recherche sur la Cooperation
Mediterraneenne et Euro-Arabe, June 2002

Nicolaidis, Kalypso
'Turkey is European...for Europe's sake'
Turkish Policy Quarterly, Volume 2, No. 4

Kaya, Ayhan
'Euro-Turks: A Bridge or a Breach between Turkey and the
European Union', CEPS Turkey in Europe Monitor, May 2004

Kirisci, Kemal
'How would Turkish membership affect population movements
and social integration within the EU?'
Wilton Park conference in Istanbul, March 2004

Open Society Institute and Bogazici University Research Fund
'Euroskepticism in Turkey',
July 2003 - July 2004

Open Society Institute, Brussels
'Wider Europe – New Neighbourhood'
Briefing Note, January 2004

Özal, Turgut
Turkey in Europe and Europe in Turkey, Selected Books

Quaisser, Wolfgang (Osteuropa-Institut München)
'Die Türkei in der Europäischen Union?', März 2004

Prodi, Romano
Address to the Turkish Grand National Assembly, January 15, 2004

Record of the High-Level Round Table Conference
'Turkey and the EU', Amsterdam, the Netherlands,
November 6-7 2003

Teitelbaum, Michael S. and Martin, Philip L.
'Is Turkey ready for Europe?', *Foreign Affairs*, Volume 82, No 3

The Economist Intelligence Unit
Country Report Turkey, April 2004

The European Policy Centre
'Turkey's accession to the EU: how prepared is the Turkish economy?'
(EPC Dialogue in cooperation with ARI), May 11, 2004

Togan, Sübidey: 'Turkey toward EU accession',
ERF working paper 0202

Tordjman, Jean-Daniel:
'Die Türkei ist längst Europäisch',
Frankfurter Allgemeine Zeitung, December 12, 2002
'From St. Nick to Copenhagen',
The Wall Street Journal Europe, December 12, 2002

Tümbas, Yassar: 'Turkish Migrant Entrepreneurs in the EU',
Statement at Brussels Mediterranean Days, November 27, 2003

U.S. Department of State: 'Turkey', Country Reports on Human
Rights Practices released by the Bureau of Democracy, Human Rights
and Labour, February 25, 2004

Wilton Park Conference 741
'Turkey and its prospects for accession to the European Union',
March 23-26, 2004, report

Zucconi, Mario
'Turkey's New Politics and the European Union', Ethnobarometer
Working Paper, April 2003

Anhang

Die „Kriterien von Kopenhagen“ (aus den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Kopenhagen, 21-22 Juni 1993):

„Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben; sie erfordert ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten. Die Mitgliedschaft setzt ferner voraus, dass die einzelnen Beitrittskandidaten die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen können.

Die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, dabei jedoch die Stosskraft der europäischen Integration zu erhalten, stellt ebenfalls einen sowohl für die Union als auch für die Beitrittskandidaten wichtigen Gesichtspunkt dar.“

Partner

British Council

Das British Council ist die internationale Organisation Großbritanniens für kulturelle Beziehungen mit dem Ziel, beiderseits förderliche Beziehungen zwischen der Bevölkerung Großbritanniens und anderen Ländern zu schaffen.

www.britishcouncil.org

OSI

Das Open Society Institute, eine private und ausbildungsfördernde Stiftung, ist in über 60 Ländern tätig. Sein Ziel ist es, die öffentliche Unterstützung bei der Verbreitung demokratischer Staatsführung, den Menschenrechten sowie wirtschaftlicher, rechtlicher und sozialer Reformen zu verstärken.

www.soros.org

Design: Atelier Works

Zuerst veröffentlicht 2004, British Council, Brüssel, Leopold Plaza, 108 Rue du Trône, 1050 Brüssel, Belgien

© Copyright British Council und Open Society Institute

Dieses Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jegliche Nutzung, auch für Bildungs- und persönliche Zwecke, ist ohne vorherige schriftliche Genehmigung durch die Copyright-Eigner nicht gestattet. Der Text, oder auch nur Teile daraus, dürfen nicht reproduziert, elektronisch gespeichert oder in irgend einer Weise elektronisch oder mechanisch übermittelt werden. Dies gilt auch für das Fotokopieren sowie Tonaufnahmen oder andere Übertragungsarten.

Gedruckt auf Umweltpapier.